

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 2. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

England und die Abrüstungskonferenz

Eine Erklärung der Regierung. — Rußland hat das Wort!

London, 1. April. (W.T.B.) Im Unterhaus erwiderte Unterstaatssekretär des Aeußeren...

Ich bedaure, daß Rußland nicht vertreten sein wird.

Dies ist, wie Ponsonby richtig gesagt hat, besonders bedauerlich, weil die Haltung der an Rußland grenzenden Länder...

Loder-Kampfen erklärt weiter: Es wird keine internationale Abrüstungskonferenz vom Völkerbund einberufen werden...

Die Regierung ist bereit, von ganzem Herzen jeglichen internationalen Schritt zu unterstützen...

Lord Cecil wird sicher nach Genf gehen, um einen endgültigen Plan für die Abrüstung anzuzugehen...

Zweifellos können sie noch ein gutes Stück weiter entwickelt werden.

Die Regierung wird in dieser Richtung ihr bestes tun. Die englische Marine ist auf Grund des Washingtoner Vertrages beträchtlich vermindert worden...

Der Kampf gegen die „kalte Sozialisierung“

Das Bündnis der Privatindustrie.

Die Nachricht, daß eine Anzahl von Spitzenverbänden der Wirtschaft eine größere Aktion gegen die sogenannte „kalte Sozialisierung“...

Zunächst haben sich aber zum Kampfe gegen die „kalte Sozialisierung“ unter ausdrücklicher Betonung der Notwendigkeit eines systematischen Vorgehens...

- Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels...

Die Führung liegt anscheinend beim Bankierverband und beim Reichsverband der Deutschen Industrie.

England in der Frage der Landstreitkräfte in einer ganz anderen Lage sei als die anderen Länder...

Die Luftschiffahrtfrage ist ebenfalls sehr schwierig.

Es ist nahezu unmöglich, der zivilen Luftschiffahrt den militärischen Wert zu nehmen.

Loder-Kampfen schloß mit der erneuten Versicherung, daß die englische Regierung bei den Bemühungen, den Weltfrieden zu sichern...

Man müsse die Erwartungen nicht zu hoch schrauben.

Aber er erwarte, daß die vorbereitende Konferenz ein greifbares Ergebnis erzielen und auf den langen schwierigen Weg des Weltfriedens einen neuen Meilenstein erreichen werde.

In der anschließenden Debatte sagte Kenne Smith von der Arbeiterpartei, eine einseitige Abrüstung in Europa sei unmöglich.

Der liberale Abg. Kenworthy erklärte, es müsse auf der Abrüstungskonferenz Freiheit und völlige Offenheit herrschen.

den Verzicht auf das Blockaderecht

in die Bagshale zu werfen.

Genf erwartet eine russische Ablehnung.

Genf, 1. April. (Schweizerische Depeschengentur.) In Völkerbundstreffen wird die Antwort Sowjetrußlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz mit Spannung erwartet.

Rußland läßt sich Zeit.

Moskau, 1. April. (W.T.B.) Im Volkskommissariat des Aeußeren wird die Pressemeldung, wonach bereits eine ablehnende Antwort Sowjetrußlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz ergangen sei...

Briands Rettung.

Durch Stimmenthaltung der Sozialisten.

Paris, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor der am Donnerstag erfolgten entscheidenden Abstimmung der Kammer über die Finanzvorlage gab der sozialistische Abg. Vincent Aurioi zur Begründung der Haltung seiner Fraktion eine Erklärung ab...

Die von der Kammer verabschiedete Finanzvorlage geht nunmehr an den Senat und man nimmt an, daß dieser dem Gesetz in der Fassung der Kammer zustimmen wird.

Eine vordringliche Aufgabe.

Notwendige Änderungen der Erwerbslosenfürsorge.

Bald nach der Einberufung des gegenwärtigen Reichstages brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits am 10. Januar 1925 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Erwerbslosenfürsorge ein.

Die Regierung lehnte die hier vorgeschlagene gesetzliche Neuregelung ab, weil mit einer baldigen Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu rechnen sei.

Einige tatsächliche Feststellungen mögen das beweisen:

Der Reichswirtschaftsrat hat die Behandlung der Regierungsvorlage immer wieder vertagen müssen, weil ihre Begründung durch die Reichsregierung fehlte.

Angesichts dieser Situation muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß die längst erforderliche Änderung der Erwerbslosenfürsorge nicht länger verzögert wird.

Bei dieser Neuregelung handelt es sich vornehmlich um drei Fragen: Änderung des Unterstützungssystems unter Beibehaltung der Kurzarbeiterfürsorge...

Das gegenwärtige Unterstützungssystem ist nicht nur unübersichtlich und erschwert in hohem Maße die Verwaltung, es differenziert vor allen Dingen die Unterstützungssätze nach rein äußerlichen Merkmalen und wirkt dadurch äußerst unsozial.

Während sonst in der Sozialversicherung, wie Krankenversicherung, Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsversicherung, Beitragsleistung und Unterstützungsanspruch in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen...

Ein sozial gerechter Ausgleich kann deshalb nur durch Einführung von Lohnklassen herbeigeführt werden.

gerungsentwurf über die künftige Arbeitslosenversicherung hat in diesem Falle bereits den prinzipiell richtigen Weg eingeschlagen. Diese Regelung kann auch sehr leicht in die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge übernommen werden. Es ist nur erforderlich, den Einheitslohn der untersten Lohnklasse und den Prozentsatz für die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung so festzusetzen, daß ein ausreichender Mindestbetrag an Unterstützung gewährleistet wird. Auch wird es notwendig sein, über den Regierungsentwurf hinaus höhere Lohnklassen vorzusehen. Zu diesem Grundbetrage an Arbeitslosenunterstützung, der für die Ledigen gilt, treten dann die Familienzuschläge.

Eine solche Regelung würde einen Rechtszustand schaffen, der im Einklang mit der Beitragspflicht steht. Aus der Beitragspflicht ergibt sich auch das Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Deshalb müssen die Vorschriften über das Vorliegen einer Bedürftigkeit als Voraussetzung für den Unterstützungsanspruch beseitigt werden. In der gleichen Richtung liegt die Forderung nach einem gesicherten Rechtszuge. Im Gegensatz zu dem augenblicklichen Zustande muß der Beitragszahler die Möglichkeit haben, wenn ihm nach seiner Auffassung die Unterstützung zu unrecht verweigert wird, in einem geregelten Rechtsverfahren, wie wir es ganz allein in der Sozialversicherung kennen, sein Recht zu suchen.

Die gegenwärtigen Unterstüfungssätze und die Einführung der Kurzarbeiterfürsorge sind bis zum 1. Mai befristet. Es ist beabsichtigt, diese Frist zu verlängern. Damit darf es jedoch nicht sein Bewenden haben. Es wird höchste Zeit, auf weitere Sicht einen Rechtszustand zu schaffen, der den Arbeitslosen ausreichenden materiellen Schutz gewährt.

Wilhelm Liebknechts Duldsamkeit.

Ein Zeugnis von Ludwig Duidde.

In der „Vossischen Zig.“ schreibt Professor Ludwig Duidde: „Am Frühjahr 1896 stellte Konrad Haußmann mich im Reichstag Liebknecht vor. Er hatte damals gerade die Gefängnisstrafe verbüßt, zu der er wegen seiner Rede bei Eröffnung des Breslauer Parteitag verurteilt war. Ich hieß ihn in der Freiheit willkommen, er aber unterbrach mich mit der Bemerkung, er sei froh, daß er mich treffe; denn er habe den Wunsch gehabt, mir zu schreiben wegen einer in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Münchener Korrespondenz, die eine von mir in München gehaltene Rede geradezu dem Staatsanwalt denunzierte; er sei empört darüber, daß dergleichen in der Partei möglich sei, und habe wenigstens nach Kräften dafür gesorgt, daß die Korrespondenz nicht weiter abgedruckt werde.“

Ich meinte, der schlimme Vorfall erkläre sich wohl nicht durch die Absicht zu denunzieren, sondern durch den Verger über meine Münchener Versammlungstätigkeit; das sei doch oft so, daß die sich nächststehenden Parteien am gehässigsten gegeneinander seien, da sie die erbittertesten Konkurrenten auf den gleichen Jagdgründen seien. Darauf Liebknecht:

„Das ist wahr. Was habe ich nicht für eine Mühe, meinen jungen Leuten im „Vorwärts“, denen nicht wohl ist, wenn sie nicht täglich Eugen Richter zum Frühstück verpeifen, begreiflich zu machen, daß wir trotz aller Gegnerschaft schließlich im Reichstag in neuen Behauptungen aller Fragen zusammengehen müssen.“

Wir war es sehr interessant, Liebknecht, der doch der Führer der Sozialisten in der Partei war, so sprechen zu hören. Als ich Pfingsten 1913, bei der Zusammenkunft der deutschen und französischen Parlamentarier in Bern, Karl Liebknecht kennen lernte, erzählte ich ihm dieses Gespräch. Er stimmte ein: diese Duldsamkeit sei charakteristisch für seinen Vater, der gerade noch dieser Richtung hin so oft verkannt werde.“

Kein Schnarchen im Parlament. Bei der Beratung der englischen Regierungsvorlage über Ertränkungswahnsinn erklärte der berichterstattende Ausschuhvorsitzende unter großer Beifall den oppositionellen Arbeiterparteiern im Unterhaus, die Konservativen hätten „das Recht, auf den Bänken zu schlafen, vorausgesetzt, daß dies mit würdigem Schweigen geschehe“.

Die Faust.

Von Heinrich Lerch.

In einem schönen Frühlingsmorgen zogen aus allen Herbergen und Kernen Heidebergs die Handwerksburschen. Für die Sehenswürdigkeiten der Stadt hatten die wenigsten Interesse. Nach dem langen Winter voll Hunger und Kälte strebten sie den Fabriksstädten zu, um bei der beginnenden Bauzeit rechtzeitig an einen Arbeitsplatz zu kommen.

Die aufbrechende Sonne hätte eigentlich ihre Gemüter mit Freude erfüllen müssen, aber wie es schon so trifft, es war, als wären alle Unzufriedenen und Unzufriedenen von den Strahlen der Sonne ins Kochen geraten.

Selbst der Herbergswater, der sonst voll Gelassenheit die bunte Schar der Verstohlenen und Verfertigten mit milder Ruhe betrachtete, donnerte nach dem Morgensegen eine gepfeiferte Straf- und Buhrade gegen die Unzufriedenen. So stritten sich denn in den Trupps die einzelnen noch herum, als sie schon auf der Landstraße waren.

Run gingen sie zum Fichten auseinander, diese über den Berg, jene in das Seitental, und gegen Mittag trafen sie wieder in einem schönen Städtchen zusammen. Sie hatten untereinander die gesuchten Schwären ausgetauscht. Die Regger Wurft gegen Brot der Bäcker, die Bestiger von ein paar Beileppennigen diese gegen Kressalien. Da kamen sie an einem großen Neubau vorbei. Die Maurer und Handlanger standen auf der Straße, während der Volter und der Bauherr sich in dem großen, offenen Ladenfenster stritten. Als der Volter die Kunden ankommen sah, ging er ihnen entgegen und bot Arbeit an.

Die Bauarbeiter aber riefen ihnen zu: „Er sucht Streikbrecher!“ Aber der Anführer der Handwerksburschen löste sich nicht daran. Er verhandelte wegen Lohn und Arbeitszeit, wegen Quartier und Vorschub, machte alle Bedingungen bis aufs kleinste aus, während die Streikenden die Häute ballten und bereit waren, sich auf die Streikbrecher zu stürzen.

Es entstand über die Straße weg ein lauter Streit. Aber der Volter, seiner Sache gewiß, rief mit lauter Stimme die Abmachungen über die Straße, daß die Streikenden es hören sollten. Mit höhnischer Geste reichte er dem Handwerksburschen nun die Hand zum Einschlag der Bekräftigung. Der Kunde griff die Hand, schüttelte sie mächtig und der Volter sah in den Augen des Bagabunden ein großes Aufsteigen, wollte ihm die Hand entziehen, da schlug der Kunde mit der Linken dem Volter ins Gesicht, haute in ausbrechender Wut mit der Faust auf Auge und Nase. Als das Blut heraus sprang, da geschah das Wertwunderliche; die Streikenden griffen die Partei ihres Volters, der doch eigentlich ihr Feind war. Es entstand eine Schlägerei, die Handwerksburschen hieben mit ihren Eichenknütteln, die Maurer schlugen mit Batten und Steinen, bis der Bauherr mit den herbeigeeilten Nachbarn die Streitenden trennte.

Der Volksopfer-Prozess.

Die Gelder des „Nationalen Klubs“. — Vertuschungs-maßnahmen.

Dresden, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Volksopfer-Prozess wurden am Donnerstag führende Mitglieder des „Nationalen Klubs“ vernommen. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat von Hinz, gab zu, daß in diesem feudalen Klub viel mehr ausgegeben als eingenommen wurde. Den Fehlbetrag schloß Reichner „aus seinen Mitteln“, d. h. von dem Geld des Volksopferes zu. Der Zeuge bezifferte diese Verwendung an den Klub auf 19 000 bis 20 000 Mark, der Staatsanwalt stellte einen Zuschuß von 27 000 Mark fest.

Der Geschäftsführer des Nationalen Klubs, Korvettenkapitän von Abendroth, hat seinerzeit, als die Verfehlungen Reichners bekannt wurden, diesem zugesagt, daß eine gerichtliche Verfolgung unterbleiben soll, wenn er den Schaden ersetzt. Das ist allerdings nie der Fall gewesen. Dieser Zeuge wußte weiter zu berichten, daß Reichner auch sehr starken politischen Ehrgeiz hatte und den Posten des Innenministers erstrebte. Tatsächlich stand er an ziemlich aussichtsreicher Stelle auf der Kandidatenliste der Volkspartei.

Im Verlauf der Vernehmung behauptet Reichner, ihm sei von führenden Persönlichkeiten in Berlin die Möglichkeit zugesichert worden, völlig straffrei aus Sachsen fortzukommen. Betretenes Schweigen löste die Mitteilung Reichners aus, daß er bei der letzten Reichstagswahl zugunsten des Dr. Schneider von der Kandidatur für die Deutsche Volkspartei in Ostschlesien zurückgetreten sei.

Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß der Nationale Klub von den Geldern, die ihm durch Reichner aus dem Volksopfer zugeflossen sind, nichts zurückbezahlt hat. Ein anderer Zeuge erzählt, daß Reichner zwar Schatzmeister der Deutschen Volkspartei war, aber mit der Kasse nichts zu tun hatte. Zeuge Wolf stellte fest, der Stahlhelm habe gewußt, daß das Geld, das er durch Reichner erhielt, aus dem Volksopfer stammte.

Die Meineidsmethode.

Die thüringische Justiz arbeitet weiter.

Weimar, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die thüringische Justiz hat gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, der wegen seines Verhaltens in den letzten politischen Prozessen zur Disposition gestellt wurde, ein Meineidverfahren eingeleitet. Dr. Frieders soll in dem Freisebeleidungsprozess gegen unter Jenaer Parteiorgan am 4. Februar ds. J. Angaben gemacht haben, die von den Aussagen der Weimarer Staatsanwaltschaft abweichen.

Reichsverband gegen Krankenkassen.

Die Preise sollen hochgehalten werden.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine schon vor längerer Zeit angekündigte Aktion gegen die deutschen Krankenkassen durch eine am Donnerstag veröffentlichte umfangreiche Denkschrift eingeleitet. Der Stoß richtet sich insbesondere gegen die Politik des Hauptverbandes der deutschen Krankenkassen, die Eigenwirtschaftsbestrebungen in organischem Aufbau und unter Ausnutzung allseitiger Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Arzneiverföhrung und der Ambulatorienbehandlung, zur ökonomischen Gestaltung der gesamten Krankenkassenwirtschaft zu fördern. Was bei einem Privatbetrieb Tugend ist, wird gegenüber den deutschen Krankenkassen in der Denkschrift des Reichsverbandes als eine Schädigung deutscher Industriezweige, als Entföhrung der Technik und — man höre und staune — als eine Gefahr für unsere ganze Sozialversicherung bezeichnet. Die Denkschrift verweist darauf, daß der Verband ein großes Beamtenheer und eigene Druckereien unterhält, die Kassen mit Schreibmaterial und Papier, mit Gemüse und Obstkonsum, Berufskleidung für Ärzte, Schwestern und Krankenpflegerpersonal, und mit Krankentherapie beliefert. Diese Geschäftsföhrung, die den Kassen zugute kommt und die Krankenkassen vor Bewucherung und

Uebersteigerung der Preise schützt, wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie u. a. als „Entwicklung zur Sozialisierung“ bezeichnet.

Man wird die Ausführungen des Reichsverbandes besser verstehen, wenn man weiß, daß seine Darlegungen auf die Initiative des Verbandes zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, des Reichsverbandes der deutschen optischen Industrie, der Vereinigung deutscher Verbandsmittelhersteller und des Verbandes der deutschen Dentfabriken zurückgehen. In der Hauptrolle soll die Denkschrift die Öffentlichkeit und vor allem die Regierung gegen die Krankenkassen und ihre Geschäftsföhrung mobil machen. Es handelt sich also hier um nichts anderes als um einen Schritt zugunsten der Preispolitik dieser Verbände.

Die Stahlhelmer provozieren.

Zusammenstöße in Köln.

Köln, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend kam es in Köln zu einem Zusammenstoß zwischen dem „Stahlhelm“ und Anhängern der Linksparteien. Auf dem Rückmarsch vom Bismarckdenkmal, wo die Stahlhelmer einen Kranz niedergelegt hatten, benahmen sie sich ungläublich herausfordernd gegen Andersdenkende, die sich jedoch mit Entschiedenheit gegen das Treiben dieser Burken wandten. Hierbei entstand ein Krawall, der längere Zeit andauerte und mehrmals die Polizei zum Eingreifen zwang.

Die Hakenkreuzplente.

Auch in Deutschböhmen.

Anfänglich der Plente des „Deutschchristenhauses“ und des „Hakenkreuzerlags“ in Hellerau-Dresden hat der verantwortliche Leiter Bruno Langmann es für notwendig gefunden, seinen Gläubigern ein Bild vom Niedergang der völkischen Bewegung in Deutschland zu entwerfen, um seine Schuldlosigkeit an dem unruhigen Ende des seinerzeit mit gewaltigem Värmehauf ins Leben gerufenen Hakenkreuzerlags zu beweisen. In der Schrift Langmanns wird mitgeteilt, daß der Verlag in kurzer Zeit außer seiner Inlandstundtschaft auch die Abnehmer seiner Publikationen im Ausland, d. h. vor allem in den Sudetengebieten der Tschechoslowakei und in Deutschösterreich verloren und daß insbesondere der „Hakenkreuz-Zeitweiser“ (Kalender) ein unvorhergesehenes Fiasko erlitten habe.

Hierzu schreibt man uns aus Deutschböhmen:

Die Gründung des „Deutschchristenhauses“ war seinerzeit auch in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei in großer Aufmachung publiziert worden, und die den Hakenkreuzern nahe liegende Presse verband diese Ankündigung mit Ausfällen gegen die „volksfremden“ Verlage, von deren verderblichem Einfluß auf das „völkische Empfinden“ der Sudetendeutschen sie sagte und die sie in Licht und Bann tat. Aber die völkischen „Belange“ im sudetendeutschen Gebiete hatten inzwischen nicht nur durch das hitlerische Fiasko einen gewaltigen Stoß erhalten; die zerlegende Tätigkeit einzelner Hakenkreuzführer trug wesentlich dazu bei, daß die deutschvölkische Bewegung in der Tschechoslowakei stark verlor, denn viele Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlessen, die bisher auf das Hakenkreuzprogramm eingeschworen waren, kehrten sich mit Etal von der Hakenkreuzerei ab. Bei dieser Sachlage hatten die Agenten des Hellerauer Verlages kein leichtes Spiel in Sudetendeutschland, um so mehr, als sich die nationale Betätigung der deutschböhmisches Hakenkreuzer auf Stammtischföhrungen beschränkte. Ein paar kleine Häuflein Unentwegler sind übrig geblieben von der Rasse, die einst beifolgend hinter ihrem Führer Bodgman hermarschierte, der gleichfalls sich mit Abkehr abgewendet hat und Mitarbeiter einer — zionistischen — Zeitung geworden ist. Das Sudetendeutschtum, auf das der Hellerauer Hakenkreuzerlag es stark abgesehen hatte, hat Langmann und seine Hintermänner enttäuscht; die Hakenkreuzerfahren sind hierzulande spärlich geworden, und der Bedarf an „völkischer Literatur“ ist so sehr zurückgegangen, daß schon die paar deutschnationalen Blättchen in einem Gewande zu erscheinen gezwungen sind, das fast so schäbig ist wie der Charakter einzelner „völkischer“ Führer.

Der Kaplan und die Dorfleute standen verblüfft, die Handwerksburschen sahen sich in den Arm und zogen davon. Der Anführer aber stimmte im Marschieren ein Lied an, das die biederen Dorfster vielleicht noch nie, der Kaplan in Ludwigshafen vielleicht oft gehört hatte. Es klang in den heißen Nachmittags wie eine Fanfare!

Unser neuer Roman, dessen Veröffentlichung in dieser Nummer beginnt, behandelt keine psychologischen oder sozialen Probleme. Er gibt eine einfache Liebesgeschichte in einem interessanten erotischen Milieu.

Sudermann im Theater in der Klosterstraße. Unmächtig scheint Sudermann der Hausdichter des Theaters in der Klosterstraße zu werden. Nach der „Ehre“ erlebt man jetzt dort „Die Raschoffs“, die wie dramatisierte Co-ribs-Wahler wirken, mit reichlich unmotiviertem „Ende gut, alles gut“. Dirne bleibt Dirne, und die anständigen Menschen bleiben bei ihrer Frau und in der Erwartung, endlich geabelt zu werden. Trotz mancher guten Anlage der Gestalten alles verpaßt und verzeichnet. Aber über Sudermann braucht man heute nicht mehr zu diskutieren. Verwerflich ist es nur, daß das Theater in der Klosterstraße, das sich jetzt so tapfer durchbeißt und dabei kein kleines Ensemble mit und verbeihungswoll emmüdet, solchen Ungeheuer in der Wahl seiner Stücke befundet. Seht uns anderes vor und wir wollen uns eurer gern freuen, du, Gehelmsratswally — Marie Reuter, Robert Müller, Elisabeth Vogels, Erich Hant und Martha Marie Rewes sein nicht vergessen. Aber Robert Müller, der auch für die Regie verantwortlich zeichnet, darf künftig wenigstens die elementarsten Bühnenweisheiten dabei nicht vernachlässigen und die Schauspielerei einen halben Akt lang in die Bühne läßt ins Publikum sprechen lassen!

Die Studentische Internationale. Der Hauptausfluß der Deutschen Studentenschaft wird sich auf einer Konferenz in Stuttgart in den Tagen vom 11. bis 14. April mit der internationalen Studentebewegung beschäftigen und zugleich eine gemeinsame Sitzung mit dem Exekutivkomitee der „Confédération internationale des Etudiants“ zwecks Bepföhrung der Aufnahme der Deutschen Studentenschaft in die „Confédération“ abhalten. Vorausgegeben wird vom 7. bis 10. April in Genf eine von der Völkerbundskommission für intellektuelle Zusammenarbeit einberufene Tagung ähnlicher internationaler studentischer Organisationen.

Staa'opfer. Die Reden der „Parität“-Vordemmen werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Vorspiel ohne Unterbrechung in den ersten Akt übergeht und während des Vorspiels die Eingangstüren zum Zuschauerraum geschlossen bleiben.

Alle-Kollektiv-Versicherung. Die Arbeitslosenversicherung, Völkerbundstraße 30, wird wieder am 2. April eröffnet. Es handelt sich um eine Versicherungsausstellung, bei der auch Mitbestimmte Gelegenheit haben, zu ausnahmsweise billigen Preisen Kollektiv-Originals zu erwerben. Gleichzeitig werden auch Bildwerke von Arbeiterkünstlern gezeigt. Erwerbstätige Männer und Frauen, ganz gleich, welcher politischen Einstellung, die noch ausstehenden männlichen, müssen ihre Arbeiten umgehend einbringen an das Bureau der Arbeitslosenversicherung, Berlin O 34, Kochstraße 10, 1, geöffnet täglich von 1—8 Uhr.

Sarinaccis Rücktritt.

Faschistischer Kurzwechsel oder nicht?

Der Rücktritt Sarinaccis vom Generalsekretariat der faschistischen Partei hat, obwohl schon mehrere Tage vorher angekündigt, in ganz Europa lebhaftes Aufsehen erregt, weil es doch eigentümlich erscheinen muß, daß gerade der Mann, der seit dem Matteotti-Mord den stärksten Einfluß in der regierenden Partei Italiens ausübte, und dessen brutale Energie zweifellos stark dazu beigetragen hat, Mussolini und den Faschismus über die Krise des vergangenen Jahres hinwegzuhelfen, seinen Posten verläßt. Ueber die Bedeutung dieses Rücktritts gehen die Ansichten und Meinungen stark auseinander. Nach den einen soll der Kurs des Faschismus der alte bleiben. Diese Person wird u. a. vom römischen Berichterstatter des Mailänder „Avanti“ verbreitet, der vor Illusionen warnt und an das Vorhinein entscheiden der Gegenseite innerhalb der faschistischen Partei nicht glaubt. Es heißt übrigens, daß Sarinacci nur kurze Zeit an der Spitze der faschistischen Bewegung in der Provinz von Cremona, seinem früheren Tätigkeitsgebiet, verbleiben soll, daß er aber bald zum Arbeitsminister ernannt werden soll.

Dem gegenüber steht allerdings die Tatsache, daß Sarinaccis Nachfolger, Augusto Turati, bei seinem Amtsantritt erklärt hat, der Faschismus habe nun seine Gegner dermaßen niedergedrückt, daß er sich nunmehr erlauben könne, in seinem Drucke nachzulassen. Ob dies nur eine Finte oder ernst gemeint ist, das wird wohl schon die nächste Zukunft lehren. Es ist durchaus denkbar, daß Mussolini Sarinacci geopfert hat, weil ihm sowohl aus innerpolitischen wie aus außenpolitischen Gründen die weitere Einhaltung jenes Kurzes, der vom bisherigen Generalsekretär symbolisiert wurde, bedenklich erschien. Durch seinen mäßig glückten Versuch, den Kardinalsekretär Gasparri durch milde Angriffe zum Rücktritt zu zwingen, hatte Sarinacci lediglich eine ernste Spannung zwischen Regierung und Vatikan hervorgerufen, wobei der Faschismus den kürzeren ziehen mußte. Diese Niederlage Sarinaccis hat die Position des Innenministers Federzoni gestärkt, der ein Vertrauensmann des Königs ist und eine Gefährdung der Monarchie durch eine Ueberspannung des faschistischen Bogens befürchtete und abwenden wollte. Federzoni hat sich in den letzten Monaten zu einem Gegner Sarinaccis entwickelt und er gilt sogar als der wahrscheinliche Nachfolger Mussolinis, falls dieser aus irgendeinem Grunde verschwinden sollte. Man kann wohl als sicher annehmen, daß Federzoni und damit indirekt auch der König dem Rücktritt Sarinaccis nicht fernstehen.

Hinzu dürften auch die außenpolitischen Sorgen der faschistischen Politik gekommen sein. Nicht nur die wachsende Ablehnung aller europäischen Demokratien gegen den einseitigen Faschismus, sondern vor allem die drohende Gefahr der Ablehnung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens durch den Washingtoner Senat dürften Mussolini zum Denken veranlaßt haben, obwohl er noch vor drei Tagen behauptete, das Urteil des Auslandes über den Faschismus sei ihm gleichgültig. Die Vermutung liegt vielmehr nahe, daß das Verschwinden Sarinaccis u. a. auch dem Zweck dienen sollte, dem Auslande eine Milderung des faschistischen Kurzes anzukündigen oder zumindest vorzutäuschen.

Auch der Senat wird faschisiert.

Rom, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der große Faschistenrat hat unter dem Vorsitz Mussolinis und nach einem Bericht des Justizministers Rocco folgende Reform des Senats beschlossen: 1. Die Zahl der Senatoren bleibt auch weiter unbeschränkt. 2. Es werden zwei Arten von Senatoren geschaffen: neben den bis dahin vom König auf Lebenszeit ernannten solche mit zeitlichem Mandat; diese werden von den nationalen, d. h. faschistischen Korporationen vorgeschlagen. 3. Das Mindestalter der Senatoren ist das vollendete 40. Lebensjahr. Ihr Mandat läuft nach 9 Jahren ab. 4. Die faschistischen Zwangsgewerkschaften schlagen die gleiche Zahl von Senatoren vor, wie die Verbände der Arbeitgeber.

Auf diese Weise wird auch aus dem Senat ein völlig willkürliches Werkzeug des Faschismus gemacht. Auf Vorschlag Mussolinis beschloß der große Faschistenrat ferner, ein Zentralorgan der Regierung zu schaffen, das die Aufgabe haben soll, „an Hand der faschistischen Doktrin und der gemachten Erfahrungen alle Formen der Tätigkeit der Korporationen in Einklang zu bringen, damit die Macht des faschistischen Regimes zunehme“. Am Mittwoch nachmittags erstattete Mussolini einen zweifelhafte Bericht über die Außenpolitik. Das neue faschistische Nationaldirektorium wird am 7. April von Mussolini in Anwesenheit der Provinzsekretäre eingesetzt werden.

Italiens Konsulate — faschistische Propagandastellen.

Der Brüsseler „Peuple“, der seit jeher, aber besonders seit den jüngsten Strafprozessen der belgischen Faschisten einen rücksichtslosen Kampf gegen den italienischen Faschismus führt, veröffentlicht das Fassimile eines Rundschreibens der Brüsseler Ortsgruppen der italienischen faschistischen Partei zum siebenten Jahrestag der Parteigründung.

Der Inhalt des Rundschreibens, das aus den üblichen protest-schmüligen Phrasen besteht, ist gleichgültig. Wichtig ist aber die Tatsache, daß laut Briefkopf die Adresse der „Brüsseler Faschisten“ identisch ist mit der Adresse des italienischen Generalkonsulats! Der „Peuple“ nimmt an, und zweifellos mit Recht, daß der Unterzeichner des Rundschreibens, ein gewisser Sacco, der sich als „Sekretär des Faschismus im belgischen Saal“ bezeichnet, ein Beamter des Konsulats ist. Er fragt, ob man Mussolini länger gestatten darf, Konsulate ins Ausland zu entsenden, um dort die faschistische Propaganda zu leiten?

Wir haben bereits vor Wochen auf ähnliche Erscheinungen in Deutschland hingewiesen, insbesondere auf die Rolle des Majors Ronzetti, der sich auch zum Konsul in Belgien ernennen ließ. Unsere Angaben wurden bisher von keiner Seite widerlegt. Wir haben Grund zur Annahme, daß sie unsere zuständigen Stellen bereits veranlaßt haben, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Noch ein Matteotti-Prozess.

Ein Ankläger der Regierung verurteilt.

Mailand, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Chefredakteur des „Avanti“, Pietro Renni, war vor dem höchsten Gerichtshof wegen eines Buches angeklagt, das er im September 1924 veröffentlichte und in dem er die Ermordung Matteottis behandelt hatte. Im August 1923 wurde das Buch beschlagnahmt. Obwohl die feinerzelt erteilte Amnestie aus dieses Buch zweifellos anzuzweifeln war, hat der Gerichtshof sie nicht angewendet, weil diese Amnestie eben ausschließlich Faschisten zugewidmet wird. In der Verhandlung hat Renni wichtige Ausführungen gemacht, die den festen Willen der Opposition bekräftigen, das Urteil von Chiari nicht als endgültigen Abschluß der Matteotti-Prozesse gelten zu lassen. Trotz aller Hin-

Der Hochstapler beim Kapp-Putsch.

Trebitsch-Vincolns Memoiren. — Sendboten zu beiden Wilhelm in Holland.

Das Budapest Blatt „Magyarország“ veröffentlicht gegenwärtig die Memoiren des weltbekannten Hochstaplers Trebitsch-Vincoln, der im Kapp-Putsch eine führende Rolle spielte. Er hat schon einige Jahre Zuchthaus hinter sich. Sein Sohn ist vor kurzem in England hingerichtet worden.

Trebitsch schildert in dem ungarischen Blatte ausführlich die politische Rolle, die er während des Kapp-Putsches in Berlin spielte, seine Verhandlungen mit Oberst Bauer und die „Mission“, die ihn nach Holland, nach Amerongen und Bisingen führte.

Wir entnehmen diesen Veröffentlichungen die folgenden Abschnitte:

Als Trebitsch-Vincoln im August 1919 aus dem Zuchthaus Parkhurst (England) entlassen wurde, kam er zuerst nach Holland, wo er es fertigbrachte, mit dem Exkaiser Wilhelm in Verbindung zu treten und mit ihm seine politischen Pläne zu besprechen. Dann ging er nach Berlin. Hier lernte er Oberst Bauer kennen und wurde sein Freund. Er unterstützte in allem die Pläne der Monarchisten. Da aber gewisse Kreise zwar die Errichtung einer Monarchie erstrebten, nicht aber Wilhelms Rückkehr wünschten, wurde Trebitsch-Vincoln von dem Führer der Aktion ausgetrieben, nach Amerongen zu reisen, um Wilhelm zu bewegen, endgültig auf den Thron zu verzichten. Im November 1919 fuhr er auch tatsächlich nach Holland.

Der Kaiser empfing ihn außerordentlich gnädig — so berichtet Trebitsch — nahm seine Mitteilungen äußerst dankbar auf, da er die Sache so verstanden hatte, daß nun sein Sohn deutscher Kaiser werden sollte.

Dann kam eine unerwartete Wendung. „Mr. Vincoln“, sprach der Kaiser, „wenn Sie das durchführen, so wirt Ihnen eine große Belohnung.“

Das Hochstaplerblut regte sich hierauf in Vincoln, man muß doch solche Gelegenheiten ausnützen, erklärt er. Und so fragte er den Kaiser:

„Majestät, welcher Art soll diese Belohnung sein?“ Hierauf erwiderte ihm der Kaiser, „Ich in der Rolle eines Grandseigneurs gefallend“:

„Mr. Vincoln, gelingt Ihnen dieser Plan, so bewillige ich Ihnen 1/2 Million Pfund Sterling Belohnung. (Großzügig auf Kosten anderer ist Wilhelm immer gewesen, Red. d. „Borm.“) Und Sie können die größten Auszeichnungen, den größten Rang erhalten.“

Nun wurden die Verhandlungen auf den nächsten Tag verschoben. Am nächsten Vormittag eröffnete aber General Dammers dem Ehrenmann Trebitsch, daß der Kaiser ihn nicht mehr empfangen könne, da seine Umgebung

den Thronverzicht nicht zugeben wolle.

Diese Mission war also gescheitert. Trebitsch kehrte wieder nach Berlin zurück, wo ihm Oberst Bauer erklärte: „Ich halte es für äußerst wichtig, daß Sie auch den Kronprinzen kennenlernen, damit Sie sehen, welcher ausgezeichneter Mensch er ist.“

Nach kurzer Zeit bekam er auch eine Einladung nach Bisingen zu dem Kronprinzen. Einen Vormittag lang verhandelte er mit diesem, dann lud ihn der Kronprinz zum Abendessen ein. Alles war in bester Ordnung, als aus Amerongen eine Depesche kam, in welcher der Ex-Kaiser dem Kronprinzen verbot, Trebitsch zu empfangen. Der Kronprinz fügte sich auch dem östlichen Verbot und verhandelte von nun an nur durch die Vermittlung eines seiner Adjutanten mit ihm.

derungsversuche des Gerichtsvorsitzenden hat Renni betont, daß es die Zweckbestimmung des beschlagnahmten Buches gewesen ist, das faschistische Regime anzuklagen. Renni sagte: „Das Verbrechen an Matteotti ist ein Staatsverbrechen; es ist eine Mission, zu glauben, daß es mit der Verurteilung einiger Helfer bei dem Verbrechen erledigt wäre. Die Verantwortlichkeit trifft das ganze Regime.“

Renni wurde zu sechs Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub verurteilt — ungeachtet der Amnestie, die zweifellos auf seinen Fall zutrifft.

Türkische Faschisten.

Offiziere überfallen ein Zeitungsgelände.

Konstantinopel, 1. April. (WTB.) Offiziere der Kriegsschule brangen gestern in die Räume der Zeitung „Hakimiet-Millie“ ein und zerstörten die Fensterreiben, weil das Blatt einen Artikel gebracht hatte, den sie als Beschimpfung ihres verstorbenen Kameraden, des Leutnants Hattı empfanden. Vier Offiziere wurden verhaftet. Sie werden vor das Kriegsgesicht gestellt werden.

Die Neugestaltung des Völkerbundesrats.

Ein offizieller deutscher Kommentar.

Die offizielle „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ kommentiert den Beschluß des Reichskabinetts, an den Kommissionsarbeiten für die Neugestaltung des Völkerbundesrats teilzunehmen, wie folgt:

„An sich handelt es sich bei der deutschen Mitarbeit um die konsequente Verfolgung der von der deutschen Delegation während der außerordentlichen Völkerbundstagung des letzten Monats vertretenen Anschauungen in bezug auf die deutsche Bereitschaft, sich an Reformarbeiten für die Ausgestaltung des Bundes und Rates zu beteiligen. Wenn dabei auch festzustellen ist, daß diese Mitwirkung in anderer Gestaltung erfolgt, als damals vorgelegen war, da Deutschland noch nicht Mitglied des Bundes und des Rates, also diesen gegenüber praktisch und politisch weniger frei ist, als die übrigen an ihrer eigenen Institution mitarbeitenden Teilnehmer, so wird dieser Tatsache bei den Erörterungen in geeigneter Form Rechnung zu tragen sein, an denen sich ein deutscher Vertreter zu beteiligen hätte. Weiter wird zu berücksichtigen sein, daß der von der deutschen Delegation angeregt Gedanke derartiger Kommissionsberatungen in dem Vorschlag, zu dem jetzt Stellung zu nehmen war, eine gewisse Anerkennung erfahren hat, die besonders in der Zusammensetzung der Kommission zum Ausdruck kommt. Denn die deutsche Delegation hatte dabei vornehmlich in bezug auf andere, als die Staatsmitglieder eine stärkere Betätigung der nicht für Parteipolitik kandidierenden Mächte im Auge. Auch diese Feststellung ist indes nicht geeignet, eine deutsche Mitwirkung in Frage zu stellen bei einer Arbeit, die trotzdem im wesentlichen auf unseren eigenen Gedanken beruht, und deren Ablehnung Deutschland überdies in einen gewissen Widerspruch mit den Vereinbarungen setzen müßte, die vor Abschluß der Genfer Tagung und im Zusammenhang mit deren bekannter Rundgebung zwischen den Völkern-Mächten getroffen wurden. Es scheint in

Der interessanteste Teil der Memoiren gibt die Schilderung der

Vorbereitungen zum Kapp-Putsch.

in denen Trebitsch, wie er rühmend berichtet, eine führende Rolle inne hatte:

Der russische General Blakupski wurde mit der Organisation der russischen Gefangenen in Deutschland betraut, damit sie sich auch an der Gegenrevolution beteiligen. Zugleich wollten sie aber auch mit den Sowjets gemeinsame Sache machen und ermöglichen, daß die Sowjets ihr Gebiet bis an die deutsche Grenze erweitern. Sie wollten also die Gegenrevolution zu gleicher Zeit mit dem russischen Angriff gegen Polen beginnen.

Da sie aber zu diesem Zwecke Geld brauchten — führt Trebitsch in seinen Erinnerungen fort — beschloßen sie, mit Zustimmung der russischen Monarchisten, russische Banknoten drucken zu lassen, die dann die russischen Monarchisten, wenn sie einmal zur Macht gelangten, anerkennen wollten. (Ohne Banknotenausgabe geht das Königsmachen wahrscheinlich nicht. Red. d. B.) Trebitsch ging im Dezember 1919 nach Budapest, um auch die dortigen Monarchisten für ihre Zwecke zu gewinnen. Gleich zu Beginn seiner Verhandlungen wurde er über

von Oberst Bauer schleunigst zurückgerufen.

Die damalige deutsche Regierung hatte inzwischen die Auflösung der Ehrhardt-Brigade verordnet, und so beschloßen die Führer der Gegenrevolution, statt, wie ursprünglich beabsichtigt, im Juli 1920 schon einige Monate früher loszuschlagen. Hierzu war natürlich seine (nämlich Trebitsch) Anwesenheit unbedingt erforderlich.

Die Regierung erließ in Deutschland gegen Oberst Bauer und Hauptmann Pabst Haftbefehle und so blieb Trebitsch — erklärt er — der einzige, der seine Arbeit unbehindert verrichten konnte.

„Oberst Bauer hielt sich während dieser Tage“ — so rühmt sich Trebitsch — „in meiner Wohnung verborgen.“

Der Tag des Putsches kam. Von nun an wirt Trebitsch' Schilderung tragikomisch. Er berichtet nämlich, wie er

an der Spitze der Truppen in Berlin einzog:

„Ich stellte mich beim Einzug an die Spitze der Truppen und wir nahmen Berlin in Besitz. Die wenigen Leute auf der Straße, die uns mit Fahnen und Musik einziehen sahen, konnten sich nicht vorstellen, was dies zu bedeuten habe.“

„Als wir den Pariser Platz durchquerten, hatte ich genug von der Ehre, an der Spitze der Truppen zu marschieren und ging hin- auf in das Hotel Abloh.“

Schließlich schildert Trebitsch noch mit scharfen Worten die Unfähigkeit des Kapp und seiner Minister, die nichts anderes konnten, wie schwachen und rauen, dann berichtet er grob-tuerisch, wie er sozusagen den „Oberbefehl geführt“ hatte. Der Kapp-Putsch war nach seiner Schilderung die „Gegenrevolution“ eines internationalen Hochstaplers!

Banknotenfälscher, Hochstapler, entlassene Zuchthäuser, das waren hier die Hilstruppen, deren sich die Königsmacher so gerne bedienen. Bald in Deutschland, bald in Ungarn — und anderwärts ist es sicher nicht besser um die Monarchisten bestellt.

diesem Sinne nicht angängig, die von Briand in Genf öffentlich kundgegebene Auffassung, wonach für wesentliche Fragen das Verhältnis zwischen Deutschland und einzelnen Staatsmächten so zu behandeln sei, als ob Deutschland schon Mitglied des Völkerbundes sei, durch die Ablehnung einer ersten Aufforderung gleichsam zu desavouieren, die Deutschland in der Tat die Mitwirkung an einer wichtigen Reformarbeit des Völkerbundes selbst zusammen mit Rats- und Bundesmitgliedern sichern soll.

Eine solche Entschädigung konnte schließlich um so weniger zweifelhaft sein, als die Teilnahme an den Arbeiten der Studienkommission für die Grundfrage des deutschen Eintritts in den Völkerbund selbst natürlich in keiner Weise präjudiziert.

Diese Erklärung klingt wie eine Entschuldigung gegenüber den deutschnationalen Angriffen, obwohl der Beschluß des Reichskabinetts nur eine Selbstverständlichkeit war. Oder glaubt jemand, daß Deutschland die Einladung des Völkerbundesrats, an diesen wichtigen Arbeiten teilzunehmen, ablehnend hätte beantworten können?!

Verträge mit Deutschösterreich.

Wechselseitiger Abbau der Ausländer-Schikanen.

Zwischen Deutschland und Deutschösterreich sind in der letzten Zeit eine Reihe von Abkommen teils unterzeichnet, teils vorbereitet worden. Der Reichstag wird nach den Osterferien den Vertrag über die Gleichstellung von Deutschen und Österreichern mit den eigenen Staatsangehörigen des Landes in den Fragen der Erwerbstätigkeit und Freizügigkeit zu ratifizieren haben. Der Vertrag sichert den beiderseitigen Staatsangehörigen zu, daß sie von irgendwelchen Arbeitsbeschränkungen für Ausländer nicht betroffen werden und keine besonderen Anmeldeformalitäten zu erfüllen haben. Ein zwischen Preußen und Oesterreich unterzeichnetes Abkommen ist jetzt in Kraft getreten, wonach Kinder der beiden Staaten in gleicher Weise wie Einheimische dem Schutzwang unterworfen sind, jedoch in dem Alter schulpflicht werden, das in ihrem Heimatort als Altersgrenze gilt. (Ist in beiden Ländern längst gleich: 14 Jahre. Red.) Das Schulgeld in höheren Schulen soll gleich sein wie für Inländer. — Für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen ist bereits die Liste der von Oesterreich gewünschten Zolltarifiermäßigungen fertiggestellt.

Neuer Chef im Saargebiet.

Saarbrücken, 1. April. (WTB.) Der aus dem Amte geschiedene Präsident Kaut hat im Flugzeug das Saargebiet verlassen. Die Zeitungen Frankreichs würdigen seine Regierungstätigkeit als eine Aera der Despotie, der Korruption und der Unterdrückung jeder natürlichen und staatsbürgerlichen Grundrechte. Dem neuen Präsidenten Stephen Kanada werden zwar nicht Vorwürfe geendet, doch wird er des Vertrauens und der Bereitschaft zur lokalen Mitarbeit verächtlich unter der Voraussetzung, daß er sich einzig und allein von der vom Völkerbundesrat der Regierungskommission ausdrücklich auferlegten Pflicht leiten lasse, keine anderen Sorgen und keine anderen Interessen zu kennen, als die Wohlfahrt der Saarbevölkerung.

Gewerkschaftsbewegung

In der Scharfmacherei immer an der Spitze.

Natürlich der VBM.

Es ist bekannt, daß die Löhne der Hilfsarbeiter in der Berliner Metallindustrie die niedrigsten von allen anderen Industrien in Berlin sind. Das liegt nicht nur daran, daß der Verband Berliner Metallindustrieller eine besonders rücksichtslose und brutale Scharfmachergewerkschaft ist, sondern auch an der Tatsache, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zum großen Teil unorganisiert sind. Die Berliner Metallindustriellen haben das immer weidlich ausgenutzt. Es waren die Facharbeiter, die für die Löhne der Hilfsarbeiter eintreten mußten und sich fortgesetzt gegen das Auseinanderziehen der Löhne, d. h. gegen die Herabdrückung der Hilfsarbeiterlöhne stemmen mußten.

Nun besteht für die Facharbeiter schon lange kein Lohnzins. Wenn trotzdem die Löhne der Facharbeiter im Jahre 1923 sich in aufsteigender Linie bewegten, dann ist das einestells dem Umstande zuzuschreiben, daß die Facharbeiter immerhin prozentual besser organisiert sind als die Hilfsarbeiter und daß außerdem während des größten Teils des Jahres 1923 ein Mangel an Facharbeitern in der Metallindustrie bestand. Nun haben die Metallindustriellen die Arbeitslosigkeit auszunutzen versucht, indem sie den noch bestehenden Lohnzins für die Hilfsarbeiter kündigten und eine Herabsetzung der Hungerlöhne um weitere 10 Proz. beantragten.

Der Schlichtungsausschuß, vor dem der Streikfall schließlich zur Verhandlung kam, hat diese unerhörte Forderung der Metallindustriellen abgelehnt und unter Ablehnung einer Lohnerhöhung die Verlängerung des Lohnzinses bis zum 31. Mai ausgesprochen. Nachdem die Transportarbeiter der Metallindustrie diesen Schiedspruch angenommen haben, sind gestern auch die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Hilfsarbeiter diesem Beispiele gefolgt.

Wie die B.S.-Korrespondenz mitteilt, wird der VBM, jedoch diesen Schiedspruch ablehnen. Es ist bezeichnend für die Rücksichtslosigkeit des VBM., dessen Vorsitzender bekanntlich gleichzeitig Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist, daß die Gewerkschaften noch keine Mitteilung von der Stellungnahme des VBM. haben und auch dem Schlichtungsausschuß noch nichts davon bekannt ist. Der VBM. hält es nicht für notwendig, die einfachsten Regeln des Anstandes zu beachten.

Welche Begründung kann der VBM. eigentlich für die Ablehnung des Schiedspruches ins Feld führen? Kann er etwa behaupten, daß diese Löhne auch nur auskömmlich sind? Kann er behaupten, daß die erbärmlichen Löhne von der Berliner Metallindustrie nicht getragen werden können? Kann er etwa behaupten, daß bei einem zehnprozentigen Lohnabbau nicht nur die Kaufkraft der Hilfsarbeiter, sondern auch ihre Leistungsfähigkeit sinken muß?

Der VBM. wird es nicht wagen, und kann es nicht wagen, auf diese Fragen eine klare Antwort zu geben. Die Herren Borfig, Köttgen und Konforten, die für sich für Zigaretten mehr ausgeben als eine Hilfsarbeiterin zum Leben als Lohn bekommt, wissen selbstverständlich, daß schon die bisherigen Löhne völlig unzureichend sind, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Wenn sie trotzdem mit kalter Faust den Schiedspruch beiseite schieben, so erklären sie damit, daß das Elend der Hilfsarbeiter ihnen ganz gleichgültig ist und daß ihre „soziale Einsicht“ und ihr „gutes Herz“ nur durch die Organisationszugehörigkeit und Geschlossenheit der Hilfsarbeiter geweckt werden können. Die Metallindustriellen wollen nichts vom Schiedspruch wissen. Sie wollen den K.a.m.p.f. Sie werden ihn — früher oder später — haben.

Die Zechenbesitzer wollen nicht zurückstehen.

Die Erwerbslosenunterstützung ist ihnen zu hoch.

Der Zechenverband in Essen hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er über die Höhe und die Handhabung der heutigen Erwerbslosenunterstützung Beschwerde führt. Die heutige Fürsorge soll nicht nur die Wirtschaft belasten, sondern auch demoralisierend auf den Arbeitsmarkt wirken. Im Bergbau kamen die Unterstützungen in Verbindung mit den Sonderleistungen der Gemeinden so nahe an die Arbeitslöhne heran, daß arbeitsunlustige Arbeiter

Entlassungsgründe suchten, um Erwerbslosenunterstützung beziehen zu können. Es sei höchste Zeit, daß die Reichsregierung das Arbeitslosenproblem erneut prüft.

Mit dieser Eingabe hat der Zechenverband zweifellos den Gipfel der Unerschämtheit erklommen. Nirgends ist rücksichtsloser abgebaut und stillgelegt worden, als gerade im Ruhrkohlenbergbau. Man hat ganze Gemeinden ruiniert, hat eine attergeessene Arbeiterchaft brotlos gemacht und besitzt jetzt die Stirn, es so hinzustellen, als ob die Arbeiter freiwillig die Arbeit aufgegeben hätten! Es fehlt nur noch gerade, daß der Zechenverband behauptet, die Zechenbesitzer seien zu den Stilllegungen infolge Arbeitermangels gezwungen worden.

Die Redereien der Zechengewaltigen über den Mißbrauch der Erwerbslosenunterstützung sind um so widerwärtiger, als die Zechenherren nur zu gut wissen, daß an vielen Orten der Anfangslohn (Schlepperlohn) wenig mehr als die Erwerbslosenunterstützung beträgt, d. h. wahnsinnig niedrig steht. Kein anderer Beruf wie der des Schleppers hat einen größeren Kräfteverbrauch und Kleiderverschleiß. Gegenüber der Leistung steht der Verdienst in gar keinem Verhältnis. Das ist die wahre Ursache, warum längere, ungelernete Arbeiter, wenn sie irgend können, es vermeiden, Arbeit im Bergbau anzunehmen. Das ist auch der Grund, warum diese Leute, sofern ihnen eine andere Arbeitsmöglichkeit geboten wird, dem Bergbau wieder den Rücken kehren.

Eine baldige und gründliche Durchprüfung der Arbeitslosenfrage ist zweifellos dringend nötig — aber in einem ganz anderen Sinn, als die Zechengewaltigen das wollen. Um der Neuordnung der Arbeitslosenunterstützung den Weg zu ebnen, haben die Gewerkschaften bereits die schleunigste Umstellung des Unterstützungssystems von der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten auf die Staffelung nach Lohnklassen gefordert. Diese Umstellung muß zunächst vorgenommen werden; dem ersten Schritt soll aber sofort der zweite folgen: die gründliche Durchprüfung der Unterstützungssätze mit Rücksicht auf die durch die Dauerarbeitslosigkeit erschafterte Notlage innerhalb der Arbeiterchaft. Jedes Kind weiß, daß in Zeiten der Dauerarbeitslosigkeit, wo die Arbeitslosen sich auch einmal ein paar Schöbe, ein Fend und eine Hofe anschaffen müssen, die Unterstützungssätze, die lediglich zur Kräftigung des Lebens innerhalb einer kurzen Periode der Arbeitslosigkeit hinreichen, unmöglich genügen können.

Schiedspruch für die Metallgießereien angenommen.

Die Vereinigung Berliner Metallgießereien hatte dem Deutschen Metallarbeiterverband das Lohnabkommen für die Metallformer und Gießereihilfsarbeiter zum 31. März gekündigt und einen Abbau der Löhne um 20 bis 25 Proz. gefordert. Bei den direkten Verhandlungen erklärten die Unternehmer, daß der bisher gezahlte Lohn angesichts der schlechten Geschäftslage für ihre Betriebe nicht mehr traubar sei. Sie beriefen sich weiter auf die bedeutend niedrigeren Löhne in den VBM.-Betrieben sowie in der Provinz, so daß sie nicht genügend konkurrenzfähig seien. Da die Organisationsvertreter die Auffassung der Unternehmer nicht teilen konnten und es zu keiner Einigung kam, wurde von beiden Parteien der Schlichtungsausschuß anrufen. Dieser fällt am 26. März einen Schiedspruch, der für die gelernten und angelernten Arbeiter der Klasse I bzw. Klasse II die alten Löhne bestehen läßt, den Lohn der Hilfsarbeiter (Klasse III) von 81 Pfennige auf 75 Pfennige herabsetzt. In den Betrieben, in denen im Monat März schon 10 Pfennige abgezogen worden sind, dürfen die Löhne nicht weiter getürzt werden.

Die Metallformer und Hilfsarbeiter nahmen am Mittwoch in Dörings Feställen zu dem Schiedspruch Stellung. Nach einer längeren Diskussion stimmten sie dem Schiedspruch zu, jedoch gegen eine starke Widerheit. Der Hauptgrund zur Annahme war der, daß in den meisten Betrieben leider schon die Löhne der Hilfsarbeiter so weit gekürzt worden sind, daß ein Abzug durch den Schiedspruch fast nicht mehr in Frage kommt. Daß die Annahme des Schiedspruches nur unter dem Zwang der Verhältnisse erfolgt ist und bei einigermaßen günstiger Konjunktur die Scharte wieder ausgeweht werden wird, dürfte auch den Unternehmern, die den Schiedspruch ebenfalls angenommen haben, klar sein.

Jahresrückschau der Ladiere.

Die Sektion der Ladiere des Verbandes der Wasser und Ladiere, Filiale Berlin, hatte am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresmitgliederversammlung. Der Sektionsleiter, Genosse Drendel, ging in seinem Jahresbericht zunächst auf die Beschäftigungsmöglichkeit im Berichtsjahr ein.

Im Frühjahr war die Beschäftigungsmöglichkeit noch leidlich gut. Während des Sommers bis zu Ende des Jahres stieg jedoch die Zahl der Arbeitslosen aller Branchen in einem nie gekannten

Maße. In früheren Jahren war die Höchstzahl der erwerbslosen Ladiere 50 bis 60. Im Jahre 1923 dagegen stieg die Zahl der erwerbslosen Ladiere von 10 auf 400.

Infolge dieser katastrophalen Wirtschaftskrise war es auch nicht möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich zu verbessern. Im Karolliergewerbe wurde durch drei Lohnverhandlungen der Lohn von 74 Pf. auf 1,05 M. erhöht. Der Tarifvertrag wurde in seiner bisherigen Fassung bis zum Jahreschluss verlängert. In der Mädelbranche, wo die Beschäftigungsmöglichkeit genau so schlecht war wie in der Holzindustrie, wurde durch dreimalige Verhandlungen der Lohn von 95 Pf. auf 1,25 M. erhöht. In der Metallindustrie blieb der tariflose Zustand weiterbestehen.

Unter den Abwehrbewegungen oder Aussperrungen war die Aussperrung in der Karollieriebranche die größte. An dieser Aussperrung waren 245 Ladiere, davon 176 organisierte, beteiligt. Durch diesen mit mustergetriebener Geschlossenheit geführten Kampf gelang es, den von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau von 20 Proz. bis auf 5 Proz. abzuwehren. Mit der Aufforderung zur regen Arbeit für die Organisation auch in diesem Jahre beidloß Genosse Drendel seinen Bericht.

Nach einer kurzen Diskussion, in der an der Tätigkeit der Sektionsleitung keine Kritik geübt wurde, wurde die bisherige Sektionsleitung einstimmig wiedergewählt.

Die Differenzen in der „Neuen Welt“.

Herr Scholz hat nunmehr die Betriebsratswahl durch Ernennen des Wahlvorstandes eingeleitet. Anschließend hat er die Streikbrecher versammelt und den Gärtner Stracher zum Betriebsrat ernannt. Eine dortige „Wahl“ ist natürlich rechtungsunfähig. Den Verbänden, die infolge der Sperre in der Neuen Welt anrufen, versichert Herr Scholz, daß die Differenzen beigelegt seien. Es scheint ihm dabei ganz entfallen zu sein, daß er 16 Familienväter grund- und fristlos auf die Straße geworfen hat, und daß sich sechs weitere Angestellte im Solidaritätsstreik befinden. Auch scheint er gar nicht zu bemerken, daß zehntausende Handzettel in Berlin und besonders in der Hasenheide, verbreitet werden, auf denen gedruckt zu lesen ist, daß der Betrieb nach wie vor gesperrt ist.

In der Neuen Welt arbeiten folgende Streikbrecher: Ewensbrock, Höhne, F. Kofinski, R. Kofinski, Rangler, Doefer, Vesner, Hanf, Schulz, Binkler als Keilner.

Von einem großen Verband wird uns mitgeteilt, daß Scholz für einen Abend Soamiete sogar 800 M. verlangt hat. Der Vorsitzende dieses Verbandes hat jedoch abgelehnt, auch nachdem Scholz auf 500 M. zurückgegangen war. Dieser Verbandsvorsitzende war der Meinung, daß das Geld der Verbandsmitglieder für solche Ausgaben zu schade sei und ludte und fand einen ebenso großen Saal für sage und schreibe 50 M. Für welche Leistungen verlangt Herr Scholz übrigens 800 M.? Zwei Reinmachefrauen à 4,20 M. und elektrisch Licht 40 M., sind zusammen 48,40 M. Unkosten. Für was sind die übrigen 750 M.? Vielleicht für die Erlaubnis, in der Neuen Welt Bier trinken zu dürfen? Ist das nicht Leistungsmacher? Wenn ein Gastwirt am Rotibuffer Damm neben dem Bierpreis von 0,15 M. noch 1,15 M. für Reinigung und Beleuchtung erheben wollte, so würde man ihn schleunigst einsperren.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Berlin, Elssasser Straße 88 III.

Einigung im rheinisch-westfälischen Brauereigewerbe.

Köln, 1. April. (Rth.) Die Lohn- und Lohnbewegung im rheinisch-westfälischen Brauereigewerbe ist nunmehr dadurch beendet worden, daß der Schiedspruch vom 22. März von beiden Parteien angenommen worden ist. Darauf hat der Verband der rheinisch-westfälischen Brauereien sich entschlossen, den Schiedspruch vom 1. März über den Rahmentarif nachträglich anzunehmen. Richtig ist der Tarifvertrag mit einigen Änderungen bis zum 31. Dezember 1926 und die bisherigen Löhne bis zum 30. September 1926 verlängert worden.

Die Geschäftsstelle des V.M.O.-Bezirks Berlin bleibt bis einschließlich 6. April geschlossen.

Deutscher Werkmeisterverband, Geschäftsstelle des Bezirks 18. Der Ortssektionen wegen bleibt die Geschäftsstelle vom Donnerstag abend 6 Uhr bis Dienstag morgen 9 Uhr geschlossen.

Wichtig: Deutscher Arbeiterverband! Dienstag nachmittags 4 Uhr Professionskammer bei Wildbube. Wichtigste Tagesordnung. Jeder Genosse muß erscheinen.

Verantwortlich für Inhalt: Richard Bernbrin; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schickowski; Volontier und Schriftf. Erik Karchardt; Anzeigen: H. Glack; Druck: Hermanns-Druckerei; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Schanz u. Co. Berlin S.W. 68. Einlenkreuz 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Ihre Nerven

peinigen Sie tagtäglich. Allgemeine Unruhe, seelische Verstimmungen, Abspannung, Demoralisierung, Schwindel, Kopfschmerzen usw. sind die ersten Alarmzeichen langwieriger Leiden. Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlensäure „Boesongetränk“! Lebensfroh werden Sie jeden Tag begrüssen, neuer Tatendrang wird Sie erfüllen. Darum nehmen Sie

Boeson-Fruchtsalz

denn es gibt als Lebenssaft Ihren Nerven frische Kraft!

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 95. Fernsprecher: Hasenheide 3722 u. 3723.

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT KAUFT MAN BEI „FEDER“ FEDERLEICHT

der läuft

Feder

AUF KREDIT

Kleidung-Wäsche

Möbel-Teppiche

Kleine Anzahlung

Soziale Rücksichtnahme

Brunnenstrasse 1 | Kottbuser Damm 103
Frankfurter Allee 350 | Charlottbg., Scharrenstr. 5

NELSON

FAHRRÄDER

UNVERWÜSTLICH UND RASSIG

direkt ab Fabrik zu Original-Fabrikpreisen

M. 55.- 105.- 78.-

Nelson-Luxusräder

3 Jahre Fabrikgarantie!

Auf Wunsch bequemste Teilzahlung! Niedrigste Anzahlung und wöchentliche Raten von 5.- an

KATALOG GRATIS UND FRANCO

NELSON-FAHRRADBau

FABRIK-VERSANDABT. BERLIN-SCHÖNEBERG AKAZIENSTR. 28

FABRIKVERKAUFSNIEDERLAGEN:

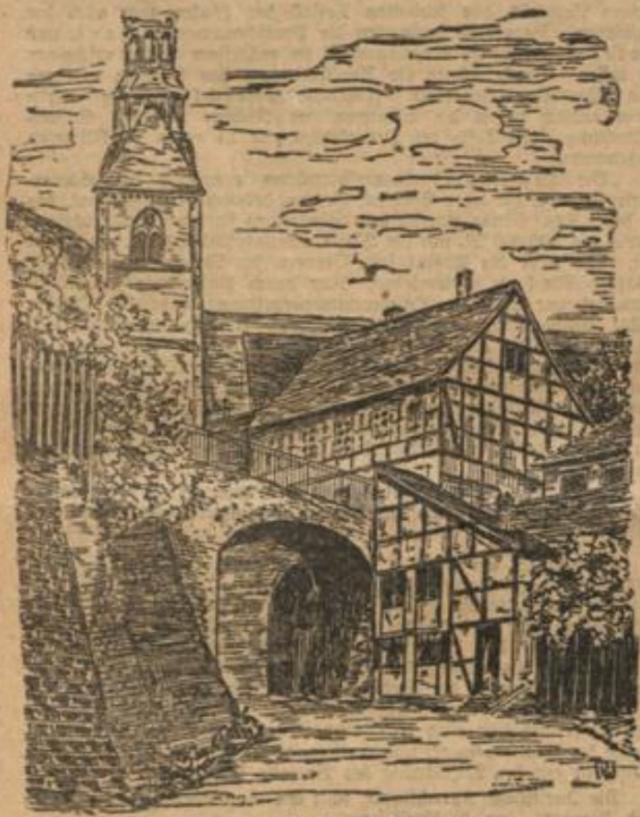
BERLIN-CENTRUM: GROSSE FRANKFURTERSTRASSE 66
BERLIN-NORDEN: CHAUSSÉE STRASSE 84
BERLIN-SCHÖNEBERG: HAUPTSTRASSE 96
BERLIN-NEUKÖLLN: BERLINERSTRASSE NO 35-39

Osterwanderung zur Altmark.

Die Altmark war der älteste Teil der Mark Brandenburg. Im Jahre 1815 wurde sie der neugebildeten Provinz Sachsen zugewiesen...

Jerichow / Tangermünde.

Mit dem Magdeburger Zug fahren wir vom Potsdamer Hauptbahnhof über Potsdam und Brandenburg nach Genthin. Von hier bringt uns die Kleinbahn nach Jerichow.



Tangermünde: Roßpforte.

Frühjahr ist geeignet zu einer Wanderung im weiten Elbtal. Hin und wieder liegen Buschgruppen und kleine Gehölze in der Niederung...

Mannigfache Bauten aus dem Mittelalter weist Tangermünde auf, so daß man es mit Rothenburg vergleichen hat. Hoch oben liegt das Amtshaus auf den Mauern der alten Burg.

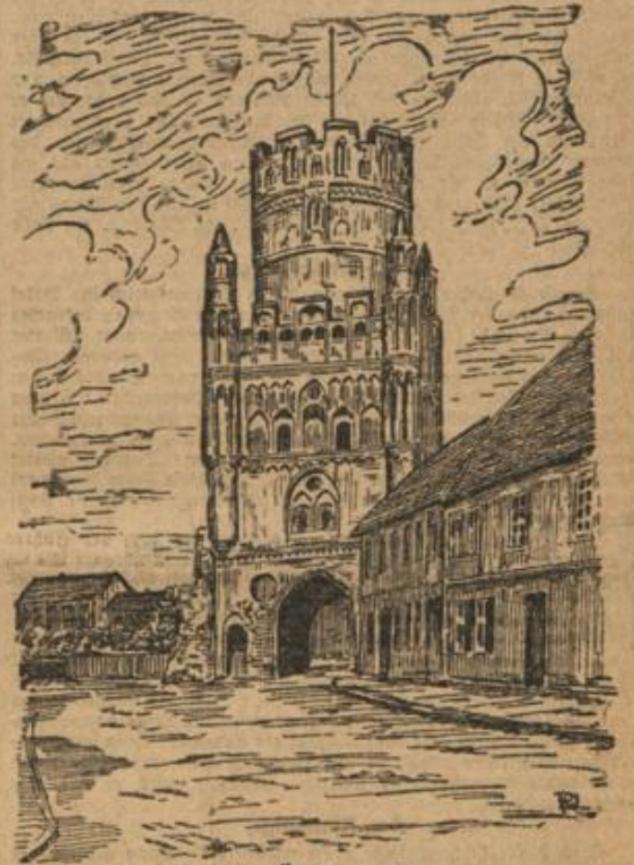
Stendal / Arneburg.

Von Tangermünde oder von Hämerthen bringt uns eine kurze Bahnfahrt nach Stendal, der Hauptstadt der Altmark. Ursprünglich lag hier das Dorf „Steinedal“.

Von Stendal mit der Bahn nach Hämerthen zurück aber auch nach Arneburg. Von Hämerthen führt die Wanderung über Storkow und Billberg...

Sandau / Werben.

Wir bleiben dem Elbstrom treu und folgen seinem Lauf nach Norden. Ueber Dolchau, Niedergörsne und Altenzaun kommen wir zur Fährstelle nach Sandau (14 Kilometer).



Stendal: Unglinger Tor.

Yamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

Das war 1860 geschehen. Einige Jahre später — etwa zehn oder zwölf — spielt die Geschichte der Yamile. Der Zeuge oder vielmehr einer der Akteure dieses Geschehnisses erzählte sie mir...

Die Zedern.

In Bsherre.

Die Ankunft in Syrien an einem wolkenlosen Abend kann man nur mit dem Augenblick eines Rendezvous vergleichen, da man am Begrande eine lichte, ungeduldig erwartete Robe wahrnimmt.

Wie heißt dieser Schneedom, der bei Sonnenuntergang die Farbe eines blühenden Mandelbaumes annimmt? O, er wechselt das Kolorit! Eben noch malvenfarbig, wird er jetzt purpurrot, wie wenn der Schnee blutete.

Diese Frage, glaube ich, war die erste, welche ich in Beirut bei der Landung stellte — noch auf der Brücke des „Lotus“, bevor ich in das Boot stieg. Man führt die Landschaften seiner Jugend wie einen Teppich, der stets ausgerollt werden kann...

Ein buntes Glas scheint sich zwischen unsere Augen und die Dinge zu schieben. Goldstaub füllt den ganzen Tag durch die Luft; des Nachts aber lösen sich vom samernen Blau des Himmelsgewölbes die unruhig flackernden Lichter der Planeten...

„Das ist der Sanin,“ wurde mir geantwortet. Er ist neuntaufend Fuß hoch und verkürrt erst gegen Ende August seine Schneefarbe, und nur für kurze Zeit. Über der Sanin ist noch nicht der höchste Gipfel der Kette.

Von Tripoli über die Zedern! Gewisse Sätze lassen Bilder über Bilder vor unseren Augen entstehen. Tripolis: die Prinzessin Baintaine erblickte von ihrer Terrasse die Galleere Geoffroy Rudels.

Ein kleiner, nicht eingezäunter Friedhof ohne bestimmte Abgrenzung führt seine gen Netta gerichteten Grabsteine wie eine Herde weißer Schafe bis zur Burgpforte heran. Das ist ein gar stiller Ort, so recht geeignet, um sich beschaulichen Träumen über die Nichtigkeit des Daseins hinzugeben.

Rönlche — einziehen wird; die Zitabelle von Tortose und Marlab, das drohend über dem Meere ragt und Raalat-el-Schelis, das, von Cleandern umsäumt, sich steil über den grünen Wassern des schmalen Vitani erhebt.

Endlich, an einem Maitag, kam ich nach Tripoli; deutlich unterscheidet man seine drei Stadtteile nur von den Festungsterrassen, die Raymond von Toulouse erbaut hat: al Mina liegt am Strande des Meeres, das seine Schiffe in der Reede wiegt.

Ein kleiner, nicht eingezäunter Friedhof ohne bestimmte Abgrenzung führt seine gen Netta gerichteten Grabsteine wie eine Herde weißer Schafe bis zur Burgpforte heran. Das ist ein gar stiller Ort, so recht geeignet, um sich beschaulichen Träumen über die Nichtigkeit des Daseins hinzugeben.

(Fortsetzung folgt.)

Berg (13 Kilometer). Alsdann bei dem Werberer Fährhaus wieder über die Elbe zum Jämschendorf, der die Havel von der Elbe trennt; die Mündung liegt etwas westlich. Zur Zeit des Frühjahrshochwässers gleicht die ganze Gegend oft einem weiten See. Nun auf dem Döbel gen Ost und Südost; die Havel entspringt sich immer mehr hinter der Fährstelle nach Hadel vom Döbel ab durch das Mühlengäß, einem schönen Laubwald mit zahlreichen alten Eichen, nach Havelberg, dessen gewaltiger Dom schon aus weiler Ferne grüßt. Ein Rundgang durch die von der Havel umspülte Inselstadt und ein Blick vom Dom über das Havel- und Elbtal beschließt die Osterwanderung zur Vilmort. Sieht weniger Zeit zur Verfügung, so kann in Sandau die Rückfahrt über Schönhausen angetreten werden, oder die Wanderung geht von Sandau unmittelbar nach Havelberg (6 Kilometer). Rückkehr von Havelberg über Blömen (Hamburger Bahn).

Vor dem Eilrichter.

2222 Verurteilungen in einem Jahre.

Im Jahre 1925 waren es 2222 Fälle, die zur Verhandlung kamen; 2222 Verurteilungen wurden ausgesprochen, darunter gab es 74 Jugendstrafen und in 107 Fällen Freisprechung. Und jeder Tag schüttet aus seinem Füllhorn neue Fälle von Elend und Jammer in das Gerichtszimmer. Hier nur wenige.

Der Dieb aus Rache und Not.

So was war noch nicht dagewesen: Der Dieb wird von dem Besitzer der Schlosserwerkstatt bei erbrochenen Schlössern und zerbrochener Kasse erwischt und gibt die zehn Mark nicht her, die er erbeutet hat. „Ich brauche das Geld für meine schwangere Frau, ich gebe eine Unterschrift, daß ich das Geld wieder bringe, sobald ich Arbeit habe. Zeigen Sie mich an, so hole ich Ihnen in zwei Wochen das Rotarader weg.“ Er gibt die Unterschrift, man läßt ihn laufen. Es folgt jedoch eine Anzeige. Nun steht der Angeklagte vor dem Richter. Vierunddreißigjährig, intelligent, von energischer Haltung, ein wenig gewaltig im Aussehen. Von der Revolutionszeit her hatte er für einen Raub vierzehn Jahre Zuchthaus zu verbüßen. Es war Sonntag kurz vor Bureauchluss, als er in die Schlosserwerkstatt kam, aus der er erst vor kurzem entlassen war. Von ihm wurde versprochen, ihn wieder einzustellen, tat es aber nicht, obgleich Einstellungen vorgenommen wurden. Im Augenblick, wo er seine Notdurft verrichtete, wurde das Bureau geschlossen, so fand er sich allein in den leeren Räumen — das behauptet er wenigstens. Dann überraschte ihn der Besitzer. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr zwei Monate Zuchthaus, wohl wegen des „Trotzens“ Betragens des Angeklagten. Das Urteil lautet auf ein Jahr Gefängnis. Er nimmt es nicht an. Seine hochschwangere Frau bittet: „Ich muß ins Krankenhaus, lassen Sie den Mann für ein paar Tage frei.“ Er bleibt in Haft. Zehn Mark — ein Jahr Gefängnis.

Die Schwachsinrige.

Sie ist 20 Jahre alt und von Beruf Putzweberin, ihr Onkel Johann mit guter Fracht. Im Alter von vier Wochen erkrankte sie an Syphilis, ist geistig zurückgeblieben, aber Mutter von einem dreijährigen Kinde und wieder in anderen Umständen. Die Anklage wirft ihr sechs Diebstähle vor. Sie hat in den Wohnungen herumgewandert und stahl bei dieser Gelegenheit. Früher schleppte sie verschiedenes aus dem Hause ihrer Mutter fort. Die Mutter selbst bittet, den Geisteszustand der Tochter zu untersuchen. Diese freit da, als ginge sie das Ganze nichts an. Draußen wartet der Mann mit dem Kinde auf dem Arm. Daß diese Frau überhaupt noch Kinder haben darf! Die Sache wird vertagt, die kleine Putzweberin wird entlassen.

Der Dieb mit den drei Portemonnaies.

Der Angeklagte erklärt, sie seien sein Eigentum, er habe sie nicht gestohlen. Das eine sei für große Scheine bestimmt, das andere für große Geldmünzen und das dritte für kleine Münzen. Bei der Verhaftung wurden alle drei bei ihm gefunden. Er hatte gerade einer Frau, der er in einem Hof gefolgt war, und deren Arme mit Tascheln beladen waren, das Portemonnaie aus der Hand gerissen. Wäre er nicht gefolgt worden, so hätte man wohl das nächste Mal bei ihm vier Portemonnaies gefunden. Nun meint der Revolutionsmangonährige große Tränen wie ein zwölfjähriger Schulbub. Trotz seiner unzähligen Vorstrafen erhält er nur sieben Monate Gefängnis. Ein gewaltiges Schwachsinriger Mensch. Niemals wird er mit dem Stehlen aufhören.

Der Rädelsführer.

Auch dieser ist ungezählte Male vorbestraft. Dann arbeitete er aber zweieinhalb Jahre, wurde arbeitslos und konnte seiner Mutter das Kostgeld nicht mehr zahlen. So wurde er wieder zum Diebe. In der Nähe des Dönhofsplatzes nahm er in einem Hofe von einem Wagen zwei Pakete mit Ranteln und wurde am Ort und Stelle erwischt. Seine Tat wird mit einem Jahr einem Monat Gefängnis quittiert. Vielleicht ist die Wirtschaftslage in einem Jahr besser und der 27jährige Schneider bleibt dann ehrlicher Arbeiter.

50 Reichsmark für abgedungene Kriegsschadigte.

Auf Grund des Art. 11 des 3. Abänderungsgesetzes zum Reichsversorgungsgesetz vom 28. Juli 1923 kann Beschädigten, die im Dezember 1922 eine Rente von 20 Proz. bezogen haben und seitdem in keiner Weise ihrer Erwerbstatigkeit auf unter 25 Proz. aus der Vorkriegsverordnung ausgeschieden sind, auf Antrag einmalig der Betrag von 50 M. gewährt werden. Voraussetzung ist, daß das durchschnittliche Monats Einkommen 200 M. nicht überschreitet. Der Antrag mußte vor dem 1. März 1926 gestellt sein. Wie vom Reichsbund der Kriegsschadigten mitgeteilt wird, hat sich der Reichsminister damit einverstanden erklärt, daß unter den bisherigen Voraussetzungen der Betrag von 50 M. noch gewährt werden kann, wenn der Antrag bis zum 31. Mai 1926 gestellt wird. Später eingehenden Anträge kann auch im Wege des Härteausgleichs nicht mehr entsprochen werden. Anträge sind sofort durch die zuständige Ortsgruppe des Reichsbundes an das für den Wohnort des Beschädigten zuständige Versorgungsamt einzureichen.

Auch ein Erfinder.

Nach einem sehr einfachen Rezept war der Arbeiter Steinmehrer, um Gasgelder zu ersparen. Sein Verfahren bestand darin, daß er die Gasuhr rückwärts laufen ließ, ein Patent, das allerdings von der Gasanstalt als Betrug bewertet wurde und dem Erfinder eine entsprechende Auflage vor dem Schöffengericht Mitte einbrachte. Natürlich ließ Steinmehrer die Uhr nicht immer rückwärts laufen, sondern abwechselnd bald vorwärts, bald rückwärts, so daß sein Gasverbrauch beim Ablesen des Gasmessers scheinbar stets nur ein sehr geringer war. Einmal hatte er jedoch die Gasuhr zu lange rückwärts laufen lassen und infolgedessen war der Zähler weit unter dem leuchtgeleuchten Stand herabgesunken, was sofort zu einer Entdeckung hätte führen müssen. Da die neue Bestandaufnahme dicht bevorstand, mußte er schleunigst die Gasuhr wieder auf die richtige Höhe bringen. Er ließ am heißen Tage sämtliche Gasflammen auf dem Herd- und in den Lampen brennen. Zu seinem Besten kam der Kontrollbeamte diesmal aber unerwarteterweise etwas früher als sonst. Da er aus verschiedenen Merkmalen infolge des so niedrigen Gasverbrauches Verdacht geschöpft hatte, fiel ihm die letzte Gasverbrauchsbildung besonders auf, und bei einer genaueren Untersuchung kam er hinter das Steinmehrsche „Patent“. Vom Gericht wurde das mit 100 M. Geldstrafe bemerkt.

Über die nächsten kommunalmedizinischen Aufgaben Berlins orientiert uns in der Aprilnummer der „Kommunalen Blätter“ in einer längeren Abhandlung der bekannte Stadtarzt Genosse Dr. Alfred Korsch. In übersichtlicher Form gibt hier ein

sozialwissenschaftlicher Redakteur auf, welche dringenden Forderungen in allererstter Zeit auf dem äußerst wichtigen Gebiete des Berliner Gesundheitswesens durchgeführt werden müssen. In einem weiteren Artikel der Zeitschrift nimmt der Vorsitzende der „Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege“, Genosse Fritz Bildung, Stellung zu dem für Berlin neuerrichteten „Städtamt für Leibesübungen“. Er zeigt auf, welche Hoffnungen Sportler an dieses Städtamt knüpfen und welche Aufgaben es zu erfüllen habe.

Eine Bauerntragödie.

Als sie auf Heirat drängte!

Große Aufregung verursachten am 19. März d. J. in Guten-Serrendorf bei Löwenberg (Mark) geltende Hilferufe, die in der Dunkelheit gegen 8 Uhr abends von dem Gehöfte des Schröderschen Ehepaares her das ganze Dorf, in dessen Mitte es liegt, erfüllten. Die Kirchenglocken läuteten Sturm, und die ganze Einwohnerschaft machte sich auf die Suche nach der Ursache des Geschrieies. Endlich fand man sie auf dem Schröderschen Gehöfte. Hier lag an einer Mauer nach der Schule zu die 19 Jahre alte Dienstmagd des Ehepaares, Anna Wischam, mit zerklüftem Hinterkopf blutüberströmt am Boden. Das Mädchen wurde mit einem Wagen nach dem Krankenhaus in Gransee gebracht, wo es bald darauf starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Nach einigen Tagen nahm die Landjäger den 21 Jahre alten Waptilsohn Gerhard des Ehepaares Schröder fest, unter dem dringenden Verdacht der Mordtat an der Witwe. Der junge Mann, der nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Gransee gebracht wurde, leugnete jede Teilnahme. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft von Reuruppin entsandte der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß, einen Beamten der Inspektion H. nach Guten-Serrendorf. Das betagte Ehepaar Schröder, des einen ziemlich großen Grundbesitz hat und bisher in einem guten Ruf stand, nahm nach dem Tode der zwei Brüder Gerhard und Ewald Varietis an Kindesstatt an. Gerhard Schröder unterhielt, wie festgestellt wurde, mit dem Dienstmädchen, das einen so schwerlichen Tod fand, ein Liebesverhältnis. Die Ermittlungen des Berliner Kriminalbeamten bestätigten den Verdacht der Landjäger und stellten fest, daß Gerhard Schröder der alleinige Täter war. Dorfbewohner hatten auch beobachtet, daß nach dem Tode des Mädchens sein Todest und seine Wüste mit Blut besetzt waren. Nach Sammlung eines erdrückenden Beweismaterials begab sich der Beamte nach Gransee und unterzog den Verhafteten einem eingehenden Verhör. Unter der Last der Beweise brach der junge Schröder zusammen und legte ein Geständnis ab. Er bekannte weiter, daß er im Einverständnis mit seinem Adoptivvater und seinem Bruder gehandelt habe. Der Beamte verbat sich daraufhin auch diese drei und brachte sie nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Gransee, von wo aus sie der Staatsanwaltschaft in Reuruppin vorgeführt werden. Gerhard Schröder gestand, daß er das junge Mädchen, das von ihm ein Kind erwartete, beiseite habe, weil es auf Heirat drängte. Die Adoptivväter waren mit seinem Plane einverstanden, weil sie von einer Heirat nichts wissen wollten. Schon 14 Tage vor der Tat besprachen sie und der Bruder Ewald mit Gerhard den Plan und kamen auch überein, daß keiner etwas sagen sollte, wenn einer verhaftet würde. Alle sollten die Tat entschieden bestreiten. Gerhard Schröder hatte zunächst die Absicht, das Mädchen im Keller des Hauses zu erwürgen und mit einer Feischenschnur aufzuhängen, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Das gelang ihm jedoch nicht, weil das kräftige Mädchen sich wehrte und sich von ihm losriß. Er verfolgte es jetzt auf den Hof hinaus, schlug es hier mit einem Holzstoß nieder und zertrümmerte ihm den Schädel. Das Ehepaar Schröder und der Sohn Ewald leugnen noch ihr Einverständnis. Die Ermittlungen nach dieser Richtung und zur völligen Aufklärung der Bauerntragödie sind noch nicht abgeschlossen.

Der Totschlag in Oberschöneweide.

Der Portier Karl Bode in Oberschöneweide, der mit unserem Parteigenossen Ulrich jenen Zusammenstoß hatte, in dessen Verlauf Ulrich von der Treppe gestochen und getötet wurde, schickt uns, fast zwei Wochen nach dem Vorfall, eine längere Umschreibung, in der er jede Schuld an dem Tode Ulrichs bestreitet.

Er behauptet vielmehr, er sei schon am Tage vorher von Ulrich beschimpft worden, als er seinen 16jährigen Sohn, der von anderen jungen Leuten angegriffen war, befreien wollte. An dem fraglichen 19. März habe er Ulrich zufällig auf der Treppe getroffen, beide hätten sich „zunächst und in beiderseits anständiger Form“ begrüßt, dann hätte er, Bode, sich an Ulrich gewandt in der Absicht, ein friedliches Einvernehmen für die Zukunft herzustellen. Als Antwort habe Ulrich ihm einen Schlag ins Gesicht versetzt.

Trotzdem Bodes Schwiegersohn bei diesem Zusammenstoß zugegen war, habe Ulrich sich auf ihn, Bode, gestürzt mit den Worten: „Jetzt oder nie!“ und, da das Ganze sich unmittelbar am Treppenaufgang abspielte, seien beide zusammen hinuntergestürzt!

Bode glaubt seine Unschuld schon damit belegen zu können, daß bisher weder er selbst noch ein anderer in Haft genommen worden ist. Er kann dabei von einem außerordentlichen Glück sprechen, denn nicht jedem würde ohne weiteres geglaubt werden, daß ein schwächerer Mann, wie Ulrich es war, den viel stärkeren Gegner angreift, wenn dieser Stärkere noch den Schwächeren neben sich stehen hat!

Zum Schluß erklärt Bode in seiner Umschreibung, daß er auch kein Verzeihen sei und keiner derartigen Vereinnahmung angehöre. Merkwürdig, daß er überall in Oberschöneweide als gelber Verzeihen gilt! Daß er durch das Heranziehen der schwarzweißen Fahne wiederholt seine deutschnationale Gesinnung gezeigt hat, bestreitet Bode vorsichtigerweise nicht.

Wir geben den wesentlichen Inhalt der Umschreibung Bodes aus Gründen der Loyalität wieder, müssen aber von den Behörden fordern, alle Feststellungen über die wirkliche Ursache des Todes des Genossen Ulrich zu treffen. Den Arbeitern von Oberschöneweide aber können wir getrost zu entscheiden überlassen, wie weit sie den Darstellungen Bodes Glauben schenken können.

Offern am Scharmühssee.

Im Interesse der erholungsfindenden Berliner Bevölkerung wird am Sonnabend, den 3. April, und am 1. und 2. Osterfeiertage auf der Kreisbahn Beestow-Fürstenwalde im Anschluß an

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 2. April.

9 Uhr vorm.: Morgenfeier. 3 Uhr nachm.: Sendespiele. Abt. Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Spielzeit 1925/26. 23. Veranstaltung. „Parsifal“, ein Bühnenweihfestspiel von Richard Wagner. Dirigent: Professor Dr. Max von Schillings. Amorsen: Otto Helgers; Parsifal: Walter Kirchhoff; Klugmutter: Leo Schützendorf; Kundry: Emmy Bettendorf; Solo-Blumenmädchen und Knappen: Emmy v. Steffen, Lia Fuldauer, Charlotte Freyer, Käthe Jöken-König, Elise de Haas, Theresia Rothauer, Alfred Ernesti; Gralsritter: Josef Heller. Tempelchor: Basilika-Chor unter Leitung von Ludw. Prell. Das große Orchester der Funkstunde. Ort der Handlung: Auf dem Gebiete und in der Burg „Monserrat“ der Gralshöfe. Gegenstand im Charakter der nördlichen Gebirge des gotischen Spaniens. Sodann: Klingsors Zauberbeschwörung, am Südpolargebiet derselben Gebirge, dem arabischen Spanien zugewandt, anzuhören. Der erste Teil beginnt um 3 Uhr, der zweite Teil beginnt um 6.45 Uhr, der dritte Teil beginnt um 8 Uhr. Es sind somit zwei Pausen von etwa je einer Stunde vorgesehen.

der Sonntag — ab Berlin, Friedrichstraße 7.57, an Fürstenwalde 9.37 Uhr — ein Zug von Fürstenwalde nach Bad Saarow und Beestow (Ankunft in Bad Saarow 10.21, Abfahrt in Beestow 10.27 Uhr), eingelegt. Mit diesem Zuge, der den Berliner nicht nötig, allzufrüh aufzustehen, wird den Erholungsfindenden und Wanderlustigen ermöglicht, schon in den Vorruhtagsstunden in die schöne, malerische, noch nicht überlaufene Gegend um den Scharmühssee zu gelangen. — Weitere günstige Verbindungen Berlin-Fürstenwalde-Bad Saarow und Beestow bestehen täglich ab Berlin, Friedrichstraße, 11.30 norm. (Fernzug), an Bad Saarow 1.22, an Beestow 1.27, mit günstigem Anschluß in Fürstenwalde, an ab Berlin, Friedrichstraße, 1.27 norm. (Vorortzug), an Saarow, Turhaus, 4.04 Uhr, mit günstigem Anschluß in Erkner und Fürstenwalde. Das idyllisch gelegene Restaurant „Bahnhof Scharmühssee“ wird am 1. Osterfeiertag seine Pforten öffnen. Wie uns mitgeteilt wird, liegt hier u. a. der „Vorwärts“ aus.

Die Steuerhinterziehung des Stadtrats Fenten.

Ein Mißtrauensvotum der Pankower Bezirksversammlung.

Vor einiger Zeit berichteten wir im „Vorwärts“ über die Steuerhinterziehungen des beim Bezirksamt Pankow tätigen Stadtrates Fenten, die dieser bei dem Kauf seines Hauses in Niederschönhausen, Viktoriastr. 1, begangen hatte. Ein Ausschuss hatte sich eingehend mit diesen Verfehlungen beschäftigt, und in der letzten Bezirksversammlung führten seine endgültigen Feststellungen zu einer lebhaften Aussprache.

Dem schriftlich vorliegenden Bericht des Untersuchungs Ausschusses war zu entnehmen, daß man sich völlig darüber einig war, daß Stadtrat Fenten sowohl als Steuerzahler wie als Beamter rechtlich gefehlt hatte. Allerdings war ein Teil des Ausschusses der Meinung, daß diese Verfehlungen durch die festgesetzte Steuerstrafe und die Disziplinarstrafe eine „ausreichende Sühne“ gefunden habe. Ein anderer Teil aber verurteilte Fentens Handlung sehr scharf und bedauerte, daß er verhältnismäßig milde davon gekommen sei. Genosse Gütig trat bei im Ausschuss geäußerten Ansicht entgegen, daß die Verfehlung mit der geradezu lächerlich geringen Höchststrafe von 60 M. geahndet sein könne. Er zeigte an dem Fall des Landgerichtsrats Stöckel in Braunschweig, wie die Rechtsparteien selbst an den Haaren herbeigezogene „Verfehlungen“ dazu benutzen, um gegen die ihnen unliebsten Angehörigen der Dinstparteien vorzugehen. Genosse Gütig erntete mit diesem Vergleich den lebhaften Beifall der Linken und auch der Tribünen. Bergeblieb verjagten die deutschnationalen Faust und Peters, die ganze Angelegenheit in mildestem Lichte erscheinen zu lassen. Insbesondere die Ausführungen des letzteren erregten nur allgemeine Heiterkeit. Folgende Entscheidung wurde dann endlich gegen die Stimmen der Rechten und bei Stimmenthaltung eines Teils der Demokraten mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen:

„Die Bezirksverordnetenversammlung verurteilt die Steuerhinterziehung, die Herr Stadtrat Fenten dadurch begangen hat, das er beim Kauf seines Hauses dem Steueramt statt mit dem richtigen Preis von 500 000 M. nur die Hälfte, nämlich 250 000 M., angegeben hat. Sie stellt die Absicht fest, Steuern im Betrage von 275 963 (Papier-)Mark zu hinterziehen. Nur durch Aufhebung der Wertzuwachssteuer und die Aufwertungsverordnung vom 10. Oktober 1923, welche einen anderen, günstigeren Umrechnungsfaktor festsetzt, ist der jetzt errechnete Betrag von 3 M. zur Grundlage der vom Steueramt verhängten Strafe geworden. Die Bezirksversammlung verurteilt diese Handlung um so mehr, als Herr Stadtrat Fenten als Mitglied des Bezirksamtes der Steueraufsichtsbehörde angehört. Die Bezirksversammlung beschließt daher: Herr Stadtrat Fenten besitzt nicht mehr das Vertrauen der Bezirksversammlung.“

Ein deutschnationaler Antrag, die Steuerhinterziehung durch die erfolgte „Bezahlung“ als erledigt zu betrachten, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt.

Brandflüster am Berl. Zu dem im gestrigen Abendblatt mitgeteilten großen Dachstuhlbrand in Reudlin, Hermannstraße 58, erfahren wir nachträglich, das das Feuer, wie jetzt einwandfrei feststeht, durch Brandstiftung entstanden ist. Von wesentlicher Bedeutung ist die Auslage des Schächtermeisters H., der im 4. Stockwerk des betreffenden Hauses wohnt. H. hörte ein starkes Geräusch, so daß er die Wohnungstür öffnete und fragte, was es da gäbe. Eine Männerstimme antwortete: „Hier ist Richter“. Der Käufer ließ sehr eilig die Treppe hinunter. Kurze Zeit darauf wurde der Brand bemerkt und die Feuerwehr gerufen. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Vorfalles beschäftigt.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, den 3. April und Dienstag, den 6. April, aus.

Selbstmord eines Reichsbahnrates. Der seit zwei Tagen in Untersuchungshaft befindliche Reichsbahnrat Kästing sprang nach einer Reduktion aus Frankfurt a. d. Oder auf dem Transport zum Untersuchungsrichter in die Ober- und wurde vom Strome fortgerissen. Seine Verhaftung erfolgte auf Grund des seit dem vorigen Sommer schwebenden Ermittlungsverfahrens wegen Unregelmäßigkeiten bei Bahnbauten der Reichsbahndirektion Osn.

Eine Haftentlassung in der Nordische Rosen. Die seit August n. J. in Untersuchungshaft befindliche Wirtschaftlerin des erwerbenden Professors Rosen, Fraulein Reumann, ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Weiter sollen der Sohn des gemeinsamen mit Professor Rosen erwerbenden Schuhmachers, der Briefträger Erich Stodt und dessen Frau freigelassen werden.

Schiffsbrand auf See. Nach einem Funkpruch des Dampfers „Mauretania“ meldet der Dampfer „Shirvan“, daß er die Mannschaft des auf dem Wege nach Falmouth befindlichen britischen Schiffes „Latham“ gerettet hat, das gestern das E.D.S.-Signal gab, als es sich 600 Meilen südöstlich von Haffog (Raschattland) befand. Nach einem später eingehenden Telegramm brennt die „Latham“.

Großfeuer in Manila. Eine Feuersbrunst zerstörte in Manila 400 Bambushäuser. 3000 Menschen sind obdachlos.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 1. April.

1. Rennen. 1. Bartos (E. von Speren), 2. Jovin (B. Strensdorf), 3. Kniebel (E. Glatz). Toto: 165; 10. Platz: 25, 28, 57; 10. Ferner liegen: Gff. Meisterlich, Reuschlauer, Die Zehle, Lucie Glatz, Röglich.
2. Rennen. 1. Terrazzo (E. Weik), 2. Konjul (E. Gledert), 3. Königsadler (E. Lautenberger). Toto: 63; 10. Platz: 12, 11, 12; 10. Ferner liegen: Woffelau, Trumb, Carl Alexander, Demm.
3. Rennen. 1. Importeur (A. Grossmann), 2. Zehler Kobilaner (E. Röder), 3. Klauke Adria (E. Gledert). Toto: 33; 10. Platz: 21, 24, 28; 10. Ferner liegen: Dr. Lew jr., Edelmann S., Stabiator 1, Götterbote, Ralfkönig 1, Jimiene, Pinzgen Portuna, Garaki, Rocuna, Siegfried als 2. bis 6., Heideje, Indianer, Balkah, Brodhürs, Angriß.
4. Rennen. 1. Hatterrose (A. Wils), 2. Grollus (M. Schulz). Toto: 36; 10. Platz: 17, 34, 36; 10. Ferner liegen: Rammersänger, Rotanna, Rasthaller, Starbella, Della, Wrahlans, Allen.
5. Rennen. 1. Perofrat (E. Gledert), 2. Romico (E. Zrenberg), 3. Luitz quoff (E. Demmer). Toto: 24; 10. Platz: 20, 24, 15; 10. Ferner liegen: Eppling 1, Subwigslager, Koflenböckig, Langmann, Roppe, Effen, Fräha Nagoman.
6. Rennen. 1. Dante (E. Gledert), 2. Benedict (E. Röder), 3. Brillon Reing (E. Gledert). Toto: 24; 10. Platz: 15, 16, 43; 10. Ferner liegen: Coriolanus, Krawzer, Götterbote, Friedrich Reig.
7. Rennen. 1. Homer (E. Wils), 2. Edith Bertha (E. Gledert), 3. Portuba (Rauß jr.). Toto: 16; 10. Platz: 12, 15; 10. Ferner liegen: Sathre, Lord Elsterlie.
8. Rennen. 1. Freilender (E. Lautenberger), 2. Großhölzer (E. Schröder), 3. Kurgalt (E. Schüller). Toto: 101; 10. Platz: 30, 35, 115; 10. Ferner liegen: Alnohem, Reuschlauer, Maria, O'Capt. Beerberg, Brückel jr., Reiter S., Rumbold, Krengritter, Quantität, Draga, Betti, Eilwin Prinz, Kervaria, Dumaj, Gellie.

Die Exmittierten.

Hunderttausende von Menschen, Zehntausende von Familien, schweben ständig in Sorge, ob sie morgen noch ein Dach über dem Kopfe haben, sie fürchten, mit ihrem Hausrat auf die Straße gesetzt zu werden. Was es schon vor dem Anzuge entsetzlich, vom Hausmiete exmittiert zu werden, so ist es heute noch hundertmal schlimmer, weil zu wenig Dächer vorhanden sind, unter denen man Schutz suchen könnte.

Dabei aber nehmen die Exmissionen von Monat zu Monat zu. Die Wohnungs- und Wohlfahrtsämter werden in kurzem dem daraus entstehenden Ansturm nicht mehr gewachsen sein. Schon heute ist es für die Behörden fast unmöglich, diese Familien unterzubringen und sie sind froh, wenn die Exmittierten bei Freunden, Verwandten usw. Unterschlupf finden, so daß sie wenigstens von der Straße sind. Es wird nun endlich Zeit, daß gründlich Wandel geschaffen wird. Immer wieder muß der preussischen Regierung gefolgelt werden, wie groß das Wohnungsproblem in Berlin ist. Ein Wohnungsbauprogramm ist nötig, das den Hochbau in hygienisch und baukünstlerisch einwandfreier Weise zum Ziel hat, und das vor allem Zweizimmerwohnungen vorsieht. Ein Wohnungsbauprogramm, das trotz der geringen Mittel eine möglichst hohe Kultur der Wohnungen verbürgt. Ein Wohnungsbauprogramm endlich, das noch in diesem Frühjahr begonnen werden kann. Das ist die Forderung, die die breiten Massen der im Wohnungselend Befindlichen erheben. Es sind das bei weitem nicht nur die 200 000, die in den Wohnungslisten stehen. Kein es sind die Hunderttausende Familien, bei denen die anderen, die Wohnungslosen hausen. Solche Zustände sind des deutschen Volkes und seiner größten Stadt unwürdig. Sie könnten geändert werden, wenn die vorhandenen und etwa von der Regierung zu erhaltenden Mittel richtig verwendet werden. Keinem Pfennig Baugeld an die Privatunternehmer mehr. Verbilligt die Wohnungen durch rationelles Bauen, durch billige Baustoffe, durch gemeinwirtschaftliche Organisation der Bauten. Verbilligt die Mieten dadurch, daß die Amortisationsgelder und die Zinsen der bisher vergebenen Hauskreditverträge als Mietzuschüsse zu den eigenen Wohnungen der Stadt Berlin aus dem zu schaffenden Bauprogramm verwendet werden. Die Not ist groß. Sie steigt der Bevölkerung bis an die Kehle. Hilfe, schnelle Hilfe tut not.

Eine dringende Verpflichtung der Stadt Berlin.

Eine große Anzahl Berliner Maler und Bildhauer haben auf Schwere darunter zu leiden, daß ihnen geeignete Arbeitsräume fehlen. Wer die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, wird zugeben müssen, daß man ohne Ubertreibung von einer schweren Notlage sprechen kann. Viele Künstler müssen sich mit völlig unzulänglichen Räumlichkeiten behelfen, die weder genügend Licht haben, noch im Winter hinreichend erwärmt werden können. Andere, die vor kurzem noch ein bescheidenes Atelier besaßen, sind daraus verdrängt worden, weil die Wohnungsnot dazu führte, immer mehr solcher Räume in Wohnungen umzuwandeln.

Unter der Mitarbeit des Kultusministeriums ist eine Statistik aufgestellt worden, aus der hervorgeht, daß den Künstlern rund 500 Räume durch Umbau in Wohnungen verloren gingen. Das sind ungefähr ein Drittel der überhaupt vorhandenen Ateliers. Mit dem fortschreitenden Abbau der Zwangswirtschaft wird die Gefahr immer größer; denn zwingende gesetzliche Bestimmungen zur Erhaltung der Ateliers in Privathäusern werden sich kaum erreichen lassen. Da müssen Staat und Gemeinden Hilfe bringen. Beide sind an der Erhaltung einer leistungsfähigen Künstlerkammer gleich stark interessiert. Die große Not, in der sich die meisten Künstler heute befinden, darf nicht unangesehen werden, weil das die Wirkung unserer Künstler auf die Dualitätsindustrie unterdrückt wird, weil ihnen die schöpferische, wertvolle Arbeit nötigen Räume fehlen. Die jetzt noch vorhandenen Atelierräume müssen geschützt werden vor der rücksichtslosen Ausnutzung durch das private Kapital. Die meisten Künstler haben in unserer wirtschaftlich trostlosen Zeit so wenige Einkünfte, daß sie die unerhöht hohen Forderungen der Hausbesitzer für Atelierräume unmöglich aufbringen können. — Ein geradezu abschreckendes Beispiel bieten die Zustände im Kunstgewerbemuseum in der Prinz-Albrecht-Straße. Dort hat der Staat große Räume, die früher Künstlern zur Verfügung standen, an ein Privatunternehmen für Bureauzwecke vermietet. Dieses Unternehmen hat jetzt für die Räume keine Verwendung mehr und will sie nun wieder an Künstler vermieten, zu Preisen, die kaum einer von ihnen zahlen kann. Jetzt droht den schwer bedrängten Künstlern eine neue Gefahr. Das Ateliergebäude Sigmundshof 11, worin etwa 50 Künstler arbeiten, unter ihnen Wendt, Käthe Kollwitz u. a., soll an die Jüdische Gemeinde zur Errichtung einer Synagoge verkauft werden. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Die Stadt muß das Gebäude ankaufen, um es den Künstlern zu erhalten. Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler hat einen Antrag an den Magistrat gerichtet, in dem er die Bitte ausspricht, dieses im Laufe der Zeit berühmte gemauerte Gebäude den Künstlern zu erhalten. Eine Erfüllung dieser Bitte ist um so eher möglich, weil sie für die Stadt kein zu großes Opfer bedeuten, denn der erforderliche Kaufpreis ist durch die Miete sichergestellt. Hier bietet sich dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung die Gelegenheit, einen Teil der Berliner Künstlerkammer zu unterstützen und den Ruf Berlins als Kunststadt wirksam zu fördern.

Fürsorge des Bezirksamtes Friedrichshain.

Das Bezirksamt Friedrichshain veranstaltete kürzlich für Vertreter der Arbeiterorganisationen, der Presse und der Stadtverordneten eine Besichtigung seiner sozialen Einrichtungen, vor allem eine Besichtigung des Arbeitsamtes, der Berufsberatungsämter und der Jugendheime. Es ist zu bedauern, daß z. B. die Verwaltungsämter noch immer nicht einheitlich zusammengeschlossen sind, daß aus Mangel an einem großen Gebäude das alle Verwaltungs- und Kassenstellen vereinigt, eine Menge Wohnungen der Allgemeinheit entzogen werden. Sparsamkeit in dieser Beziehung heißt Sparsamkeit an fallchem Ort betreiben, heißt eine Kompensierung des gesamten Betriebes lebendvoll durchführen. Es ist z. B. ein Haus in der Strakmannstraße von dem Bezirksamt erworben worden, das sich für die Zwecke eines Arbeitsamtes durchaus nicht eignet, das aber gemietet werden mußte, weil die Zahl der Arbeitslosen sich täglich vermehrte und weil tatsächlich kein anderes Gebäude unter Berücksichtigung des Etats zur Verfügung stand. Früher war es eine Schule für körperlich und geistig behinderte Jugendliche. Schmale

Treppen, enge Korridore und kleine, dunkle Zimmer. Die Korridore verzweigen sich labyrinthartig, bilden finstere Ecken und Nischen. Arbeitslose warten hier und in den trostlosen, muffigen Zimmern. Die Luft ist drückend, alles atmet eine tiefe Traurigkeit. Selbst der Hauptstich der Verwaltung in den Baracken des Stralauer Platzes reicht nicht aus für den Ansturm der Arbeitslosen. Berechnet vielleicht für 5000, muß sie heute etwa die doppelte oder dreifache Zahl aufnehmen. Die Platzfrage ist das drängendste Problem. Sicherlich hat das Bezirksamt Friedrichshain alles geschaffen, was auf diesem kleinen Platz ermöglicht werden kann: neben den weiträumigen Kassen-, Wart- und Expeditionsräumen, neben Zimmern, die der Berufsberatung und Jugendfürsorge dienen, saubere Räume, in denen Hausanastiefle, die von auswärts kommen oder die plötzlich entlassen worden sind, übernachten können, Schlafsäle für Arbeiter, die auf der Durchreise sich befinden und die hier eine Stelle vermittelt bekommen. Daneben eine Schusterwerkstatt, die für die Arbeitslosen zu einem Drittel des üblichen Preises Schuhreparaturen herstellt, und in den nächsten Tagen wird man hier eine Kasserette für Arbeitslose eröffnen. Ein gut eingerichteter Gebäude befindet sich in der Barlsruher Straße. Hier sind weite Räume, die Hunderten von Personen Platz bieten, breite Korridore, große Kassenräume, in denen die Abfertigung schnell vor sich geht. Von den Jugendheimen steht an erster Stelle das in der Böhlerstraße, untergebracht in einem Seitenflügel einer Gemeindefabrik, sauber gestrichene, lustige und freundliche Räume, die ungefähr 120 bis 150 Jugendlichen Aufnahme bieten. Frost alle Jugendheime und Jugend-Berufsberatungsstellen hinterlassen diesen Eindruck. Es ist schade, daß das von tiefstem sozialen Empfinden geleitete Vollen der führenden Persönlichkeiten nicht immer durch die nötigen Geldmittel unterstützt wird, daß hier ökonomische Rücksicht Schranken errichtet, die im Interesse der sozialen Fürsorge fallen müßten.

Die deutsche Oberschule.

In Preußen ist seit dem Jahre 1922 die Aufbauschule durch ministerielle Stützungsurkunde meist in der Form der deutschen Oberschule in die Reihe der höheren Schulen aufgenommen worden. Sie ist den anderen höheren Schulen gleichberechtigt und verleiht die volle Universitätsreife.

Durch Entscheidung des Ministeriums gelten die Aufbauschulen als Vorklassen. Die Berechtigung nach Oberstudia wird nicht durch eine besondere Abschlussprüfung vollzogen, wie dies bei den Realschulen geschieht, vielmehr gilt das Zeugnis für die Berechtigung nach der Oberstudia der deutschen Oberschule dem Zeugnis der Berechtigung nach Oberstudia einer anderen höheren Schule völlig gleich. Nach den bisherigen Erfahrungen darf schon jetzt als erwiesen angesehen werden, daß die deutschen Oberschulen den anderen neunjährigen höheren Lehranstalten völlig gleichwertig sein werden. Die deutschen Oberschulen gleichen in der Auswahl ihrer Lehrkräfte etwa den Oberrealschulen. Die Anfangsklasse in der Aufbauschule ist die Untertertia, sie beginnt mit einer Fremdsprache, meist Englisch; in einer hohen Wochenstundenzahl sollen die Schüler in ihrer ersten Fremdsprache möglichst schnell und gründlich gefördert werden. Zwei Jahre später, in der Untersekunda, kommt als zweite Fremdsprache Französisch und nach dem dritten Jahre von Obersekunda als drittes Fremdsprache noch Latein hinzu. Unsere Aufbauschulen sind realistische Anstalten, die besonders zur Vorbereitung für alle praktischen Berufe geeignet sind. Sie erfordern nicht eine so starke sprachliche Begabung wie die Gymnasien und auch nicht ausgeprägte mathematische wie etwa die Oberrealschulen. Die Aufbauschulen sind für die Eltern unserer Volksschüler auch in wirtschaftlicher Beziehung beachtenswert, weil sie ihre Kinder bis zum 13. Lebensjahr in der Volksschule lassen können. Dadurch können sie die Ausbildungskosten für ihre Kinder wesentlich verringern. Gutbegabte Volksschüler werden nach siebenjährigem Volksschulbesuch in die Untertertia der Aufbauschulen aufgenommen. Die Schulzeit beträgt für die deutschen Oberschulen und sonstigen Aufbauschulen 6 Jahre. Treibt ein Volksschüler mit dem 13. Lebensjahr in eine Aufbauschule ein, so kann er nach einer einjährigen Probezeit, falls seine Begabung und sein Verwille für die Erlangung der höheren Bildungsstufe nicht ausreichend sind, entlassen und in einem praktischen Lebensberuf zugeführt werden, für den er besser geeignet ist; ein Schaden in irgendeiner Weise erwächst ihm aus diesem Verzug nicht. Können die Schüler, die im 13. oder 14. Lebensjahr bei völliger Körperlicher und geistiger Frische in eine Aufbauschule eintreten, in den nachfolgenden sechs Jahren das nicht leisten, was die Durchschnittsschüler der anderen höheren Lehranstalten vom 9. oder 10. Lebensjahre an in neun Jahren erreichen, so gehören sie nicht in die Aufbauschule, so wenig wie eine Anzahl von schwachen Schülern der anderen Anstalten für eine höhere Schule geeignet ist. Nach erfolgreichem Besuch einer deutschen Oberschule und bestandener Abschlussprüfung können sich die Schüler einem praktischen Beruf oder dem Studium zuwenden. Die Regierungen fast aller deutschen Länder haben untereinander Vereinbarungen abgeschlossen, nach denen sie ihre Aufbauschulen gegenseitig anerkennen. Die Aufbauschüler können nun an allen deutschen Hochschulen studieren, nur Bayern hat sich bisher dieser Abmachung noch nicht angeschlossen. Seit dem Jahre 1922 sind besonders in kleineren und mittleren Städten Aufbauschulen eingerichtet worden. In Berlin sind gegenwärtig zwei solcher Schulen, eine am Lessing-Gymnasium und die andere in Reutheim. Auch die Schulstamm Scharfenberg bei Legel führt Aufbaufklassen.

Schwimmen an den Berliner Schulen.

Zu dem Bericht über das Schwimmunterricht der Berliner Schulen in Nr. 140 des „Vorwärts“ vom 24. März 1926 gehen uns folgende Ausführungen zu: Der Schwimmunterricht ist an den Berliner Schulen seit dem Sommer 1923 eingeführt. Leider aber ist die Zahl der Schulen noch sehr klein, die ihn tatsächlich durchführen. Die SPD. würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich kräftig dafür einsetzte, daß an allen Schulen der Schwimmunterricht ebenso wie der Turnunterricht als Pflichtfach für alle Kinder in den Stundenplan aufgenommen würde. Man sage nicht, daß nicht genügend Lehrer vorhanden seien, die die Lehrbefähigung für Schwimmen besitzen. Es gibt in Berlin genügend Lehrer ohne Stellung mit Schwimmlehrerbefähigung. Durch ihre Einberufung würde die Jugendlernnot wieder etwas eingeschränkt werden. Der Erfolg dieser Maßnahme wäre das Sinken der Zahl derjenigen, die alljährlich ertrinken. Es wäre in der Tat sehr zu begrüßen, wenn diese Anregungen eines Fachmannes bei den zuständigen Stellen die rechte Beachtung fänden.

Ein Tunnel unter der Landsberger Allee.

Die Genehmigung zur Eröffnung des Fleischgroßmarktes an der Landsberger Allee war vom Preussischen Handelsministerium u. a. nur unter der Bedingung erteilt worden, daß eine Untertunnelung der Landsberger Allee hergestellt werde, da durch den Transport des Fleisches über diese wichtige Straße in den Hauptverkehrsstunden große Verkehrsstopfungen hervorgerufen werden. Der Magistrat hat nun der Stadtverordnetenversammlung

eine entsprechende Vorlage zugehen lassen, in der die Genehmigung des Tunnelbaues, für den ein Kostenschlag von 200 000 Mark aufgestellt ist, nachgefragt wird. Die Angelegenheit wird als besonders dringend bezeichnet, da umfangreiche Arbeiten, wie z. B. die Verlegung der Wasserrohre nach vor Eintritt der warmen Jahreszeit erledigt sein müssen und sich die baldige Inangriffnahme der Arbeiten bei der herrschenden Arbeitsnot ohnehin empfiehlt.

Aus den Bezirken.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksverordnetenversammlung am 24. März wurden die Genossen Hantein, Kürbis und Kolberg eingeführt. Desgleichen wurde der zum stellvertretenden Bürgermeister gewählte Genosse Weber verpflichtet. Ueber die Ausschussverhandlungen eines Antrags der SPD. wegen der Erwerblosen berichtete Genosse Waderholz, daß der Ausschuss mit Ausnahme der Antragsteller einstimmig der Auffassung gewesen sei, daß für fast alle Punkte die Generalfassung zutreffend seien, in einem Punkte das Landesarbeitsamt, und daß er daher empfehle, diesen Antrag abzulehnen. Zu dem Antrage auf Weiterversicherung von Erwerblosen, die keine Unterstützung mehr beziehen, bei der Krankenkasse habe der Ausschuss festgestellt, daß der Ausführung gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, das Bezirksamt sei aber bereit, solchen Erwerblosen, die sich weiter versichern, auf Antrag die vorausgabten Beträge zu ersetzen. Hierzu schickte die Fraktion der SPD. drei Redner vor, die in fortwährenden langen Wiederholungen ihre Anträge nochmals begründeten und damit den Unwillen der ganzen Versammlung hervorriefen. Unter dem Hinweis, daß bei solchem Verhalten die Ausschussberatungen überflüssig seien, wurde schließlich die Debatte abgebrochen und nach dem Vorschlag des Ausschusses beschlossen. — Stadtrat Weber gab der Versammlung Kenntnis von einer Verfügung des Magistrats, die es der Deputation für Kunst und Bildung unterjocht, bei Anstellung von Lehrkräften mitzumischen. Diese Verfügung wurde zurückgeführt auf eine von dem früheren Bezirksverordneten Herrn Dießner in der Schuldeputation gemachten Mitteilung, wonach im Bezirk eine Deputation auf nicht gesetzlicher Grundlage gebildet sei und deren Beschlüsse mithin ungesetzlich seien. Es wurde angeregt, diese Deputation baldmöglichst zu einer Sitzung einzuberufen und festzustellen, in welchem Umfange sie sich betätigen könne. Einem Vorschlag der Bezirksämter, die für Dauerfliegärten ausgewiesene Fläche von 50 Morgen um eine Fläche von sieben Morgen zwischen der Knieprobe, Storkower, Greifswalder Straße und der Ringbahn zu vergrößern, wurde zugestimmt. Von einem Beschluß des Magistrats, die Räumungsjrist für Kleingärtner auf drei Monate festzusetzen, wurde Kenntnis genommen. Damit wurde ein früherer Beschluß der Versammlung, der eine sechsmonatige Frist festsetzte, aufgehoben. Eine Vorlage des Bezirksamtes, in Verbindung mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft „Gehag“ auf einem dem Bezirksamt gehörenden Gelände an der Finow- und Schönleener Straße etwa 300 Kleinwohnungen zu errichten, wurde einem neungliedrigen Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen. Für den infolge Pensionierung ausgeschiedenen besoldeten Stadtrat Dr. Hüfner wurde der zurzeit als unbesoldeter Stadtrat amtierende Kommunist Degner gewählt. Auf den Widerspruch der bürgerlichen Parteien wurde von unserem Genossen Döhner darauf verwiesen, daß nach dem bestehenden Stärkenverhältnis der SPD. diese Stelle gehöre und daß, wenn diese der Versammlung seinerzeit einen annehmbaren Kandidaten präsentiert hätte, schon damals nicht Dr. Hüfner, sondern ein Kommunist gewählt worden wäre. Degner erhielt 37 Stimmen; die Bürgerlichen casthielten sich der Abstimmung. Ein Antrag der SPD.-Fraktion auf Einlegung eines ständigen Haushaltsausschusses wurde dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion wurde vom Stadtrat Dr. Friedländer dahin beantwortet, daß die Versammlung bereits die Errichtung von Rinderspielflächen auf dem Exerzierplatz beschlossen habe und daß die Inbetriebsetzung demnächst erfolgen werde. Eine vom Genossen Rehle begründete Anfrage der SPD.-Fraktion bejahte sich damit, daß der Bau des Verwaltungsgebäudes auf dem Exerzierplatz nicht fortgeschritten. Unser Redner machte der Bauverwaltung deswegen herbe Bormürfe. Stadtrat Weber erwiderte darauf, daß über dem Bau ein unglücklicher Stern stehe. Das Bezirksamt sei dabei abhängig von den zentralen Körperschaften, von denen alle möglichen Einwände gemacht würden. Die Verhandlungen seien monatelang verschleppt und deshalb sei es nicht möglich, den Bau zu fördern. Nachträglich sei an dem Projekt noch eine wesentliche Änderung vorgenommen und jetzt fehle es an dem nötigen Gelde. Nach dem Verlauf einer Sitzung, die kürzlich stattgefunden habe, sei aber anzunehmen, daß das Bezirksamt nunmehr den gedrückten Wünschen Folge geben könne. Auf eine Anfrage der SPD.-Fraktion teilte Stadtrat Rosemann mit, daß das Amt 25 000 M. erhalten habe, die an die Arbeitslosen und bis dahin nicht bezugsberechtigten Angestellten zu verteilen sind.

8. Bezirk — Spandau.

Den wichtigsten Teil in der Verhandlung nahm eine Vorlage zur Kenntnisnahme ein, betr. Änderung des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1926 durch die zentrale Finanzverwaltung. Die Fraktion der SPD. hatte zu diesem Punkt Besprechung beantragt und auch zwei Dringlichkeitsanträge gestellt, die sich gegen die willkürliche Festsetzung des Haushaltsplanes der Bezirke durch die zentrale Finanzverwaltung wendeten. Es werden vielmehr von den Bezirken Mittel für den Haushaltsbedarf in einer Summe verlangt, deren Verteilung auf die einzelnen Ausgabepositionen den Bezirkskörperschaften überlassen bleiben soll. Der zweite Antrag der SPD. wandte sich gegen die Zusammenlegung der Bezirke Spandau und Charlottenburg, durch die dem Bezirk Spandau der letzte Rest selbständiger Verwaltung genommen würde. Das Bezirksamt wurde ersucht, sich diesem Projekte anzuschließen und ihn an die städtischen Körperschaften weiterzuleiten. Auch von der Freien Vereinigung (Dnat. und D. Bp.) war ein ähnlicher Antrag eingebracht worden. Der Bürgermeister Stritte empfahl der Versammlung bei der Bekämpfung dieser



Forman
gegen
Schnupfen

Maßnahmen

übergibt man nur dem Nachweis des
Deuts. Pflanzerverbandes, Berlin O 27,
Königsstr. 21 (Reichsstadt 4310, 4068)
Geöffnungszeiten 9 bis 5, Samstags 10 bis
2 Uhr. Auf Wunsch Bestreuer

Um den deutsch-spanischen Vertrag.

Freie Bahn für den deutschen Außenhandel.

In den letzten Tagen haben wiederum umfangreiche Diskussionen über den Abschluß eines deutsch-spanischen Handelsvertrages stattgefunden. Am bedeutungsvollsten war in diesem Zusammenhang die Zusammenkunft von Vertretern verschiedener Wirtschaftsverbände, darunter auch der Gewerkschaften, beim Reichsfinanzminister unter Teilnahme eines großen Teiles der Reichsregierung. Das Ergebnis dieser Besprechungen war die Einziehung eines Ausschusses von 5 Vertretern der Landwirtschaft, des Weinbaues, der Gewerkschaften, des Handels und der Industrie, der die Frage der Weinzölle noch einmal prüfen sollte.

Zufällig ist, daß in diesem Ausschuss der Weinbau eine ungeachtet der Doppelvertretung insofern gefunden hat, als nicht nur er selbst, sondern auch die Landwirtschaft einen Vertreter erhält. Das Interesse der Landwirtschaft am Weinbau ist ein ausschließlich demagogisches Interesse des Reichslandbundes. Und wenn der Weinbau, der im ganzen nur 0,3 Proz. der landwirtschaftlich genutzten Fläche darstellt, eine eigene Vertretung erhält, ist jedenfalls die Teilnahme weiterer landwirtschaftlicher Interessenten an einem Prüfungsausschuss dieser Art zum mindesten überflüssig.

Für die Verhandlungen dieses Ausschusses ist soeben eine beachtliche Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstags erschienen, in der auf der Grundlage sorgfältigen statistischen Materials die Gesamtsituation klargestellt wird. Beachtlich ist zunächst die sorgfältige Behandlung der Fragen, die mit der Lage des deutschen Weinbaues zusammenhängen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die von landwirtschaftlicher Seite verbreiteten Zahlen von 300 000 Weinbaubetrieben und zwei Millionen Menschen, die vom Weinbau leben, ungeheuerlich übertrieben sind. Der Industrie- und Handelstag kommt in seinen Darlegungen zu dem Ergebnis, daß es höchstens 180 000 landwirtschaftliche Weinbaubetriebe — nach sorgfältigen Schätzungen dürfte auch diese Zahl noch um ein Sechstel zu hoch sein — gibt, und daß vom Weinbau günstigstenfalls 400 000 bis 500 000 Menschen, also etwa 1/4 Proz. der deutschen Bevölkerung, leben.

Zur Frage der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen weist die Denkschrift mit Recht darauf hin, daß deren Entwicklung für Deutschland überaus günstig war.

Es betrug der deutsche Außenhandel mit Spanien

	Ausfuhr	Einfuhr
im 4. Quartal 1924	29,8 Mill. M.	42,9 Mill. M.
1. 1925	37,2	57,5
2. 1925	39,8	64,3
3. 1925	52,4	30,4
4. 1925	82,0	49,4

Es ergibt sich also, daß der Rückgang der Ausfuhr im 4. Quartal 1925 an der Passivität der Handelsbilanz schuld ist. Dieser Rückgang wird jedoch noch viel deutlicher, wenn man

einander gegenüberstellt den Export an Fertigwaren und den Import an Obst, Wein und Süßfrüchten. Diese betragen

	Fertigwaren-Export	Import von Obst, Wein u. Süßfrüchten
im 4. Quartal 1924	26,0 Mill. M.	16,7 Mill. M.
1. 1925	33,5	30,4
2. 1925	35,7	23,3
3. 1925	46,0	9,4
4. 1925	25,1	30,9

Es zeigt sich also, daß der Fertigwareneport im 4. Quartal 1925 noch unter den der entsprechenden Zeit des Vorjahres gesunken ist, obgleich naturgemäß im Oktober noch eine starke Boreinfuhr der spanischen Importeure stattgefunden hat bzw. Exporte, die in der letzten Hälfte des September stattfanden, erst im Oktober in der Statistik erschienen. Diese Wirkung, die man sehr deutlich bei der spanischen Einfuhr im 4. Quartal 1925 beobachten kann, wurde bei der deutschen mehr als ausgeglichen durch die zwei Wochen des Zollkrieges, sodann durch die Ungunst des abgeschlossenen Provisoriums.

Es war also gelungen, im 3. Quartal die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, und diese Aktivität hätte wahrscheinlich ohne den Zollkrieg auch für das 4. Quartal angehalten. Der Zeichen einer Politik der Exportförderung durch den Abschluß von Handelsverträgen ist also der schleunige Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages zu fordern, um so mehr, als den Weinbau gerade die letzten Wochen eine Fülle von neuen Subventionen und sonstigen Hilfsmitteln gebracht haben.

Die bedeutungsvoll der Abschluß eines Handelsvertrages für den deutschen Export und für die deutsche Arbeiterkraft ist, hat noch kürzlich unser Genosse Simon Frank in der Wirtschaftsdelatte im Reichstag ausgeführt, wo er darauf hinwies, daß mindestens 35 000 bis 40 000 Arbeiter durch die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages, den ihr folgenden Zollkrieg und die Ungunst des Provisoriums arbeitslos geworden sind.

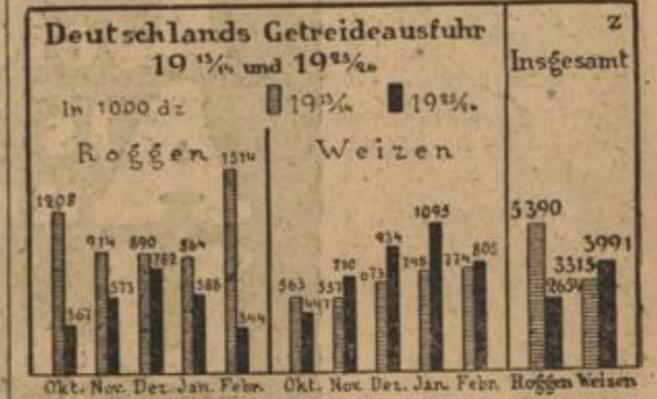
Es kann gar keine Rede davon sein, daß der Weinzoll für die Lage des gesamten Weinbaues von entscheidender Bedeutung ist. Bedeutet doch eine Differenz im Weinzoll von 12 M. pro Doppelzentner einen Preisunterschied von nur 10 Pf. pro Liter Wein. Ein Winzer, der ohne diese 10 Pf. seinen Betrieb nicht aufrecht erhalten kann, dürfte ihn auch mit ihrer Hilfe nicht bewahren können. Will man den deutschen Weinbau trotz der Ungunst seiner klimatischen Lage, trotz seiner rückständigen Wirtschaftsmittel, trotz der unfinigen Betriebszersplitterung, in der er sich befindet, erhalten, so führt der richtige Weg nicht über einen Zollschutz, der den Industrieexport zugunsten des Weinbaues schädigt, sondern über eine zielbewusste Produktionspolitik, die den Versuch macht, diejenigen Nachteile des deutschen Weinbaues, die nicht naturbedingt sind und beseitigt werden können, zu beseitigen. Von einer solchen Politik ist freilich das bisherige Subventionssystem wohllos hingebener Unterstützungsummen, die bürokratisch-fiskalisch verhandelt werden, weit entfernt.

verändert) 8 Proz. ergeben, höher bewertet und höher bezahlet kann, als vor einem Jahre.

Aus der Verbesserung der Situation auf den Effektenmärkten den Schluß auf eine allgemeine wirtschaftliche Besserung zu ziehen, wäre mindestens verfrüht. Nur durch den Massenabstoß bei verbilligter Produktion wird die Industrie wirklich gesund — und nur aus höheren Löhnen, höheren Ansprüchen der Arbeitermassen, höherer Lebenshaltung fließen die Möglichkeiten zu einer Erweiterung des Absatzes.

Wirkungen des Einfuhrschecksystems.

Durch das Einfuhrschecksystem wurde den Agrariern eine Prämie auf den Export von Brotgetreide gegeben; erhalten diese doch bei der Ausfuhr von Brotgetreide Scheine, die zur zollfreien Einfuhr gleicher Mengen von Getreide berechneten. Praktisch bedeutet das die Begünstigung der Ausfuhr von Brotgetreide ins Ausland aus solchen Gegenden, die von den deutschen Hauptgebrauchsgebieten weit entfernt sind. In Anbetracht des großen Unterschiedes zwischen dem Roggen- und dem Weizenpreis hätte man in diesem Jahre erwarten können, daß eine vermehrte Ausfuhr von Roggen den Inlandspreis heben würde. Dieser Einlage, durch den Tiefstand des Roggenpreises volkswirtschaftlich noch zu rechtfertigende Zweck wurde im letzten Erntejahre infolge der niedrigen Roggenpreise am Weltmarkt durchaus nicht erreicht.



Wie man sieht, bleibt die Ausfuhr von Roggen trotz des großen Erntebeschusses hinter derjenigen vom Herbst 1923/24 ganz bedeutend zurück. Dafür ist aber eine volkswirtschaftlich außerordentlich bedenkliche Wirkung eingetreten: Die Ausfuhr von Weizen nämlich, an dem wir in Deutschland zu wenig haben und von dem wir infolgedessen noch große Mengen aus dem Ausland beziehen müssen, lag vom November ab wesentlich über der Ausfuhr der gleichen Monate des letzten Vorjahres. Tritt man kurz vor der nächsten Ernte die meistens um diese Zeit zu beobachtende Preissteigerung ein, so werden wir zu wesentlich höheren Preisen den Weizen vom Ausland zurückkaufen müssen. Die Preisdifferenz, die natürlich auch unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland belastet, wird dann von den deutschen Konsumenten aufzubringen sein. Daß das Einfuhrschecksystem dazu beitrage, uns von der Lebensmittelfuhr aus dem Ausland unabhängig zu machen, wird nach diesem Ergebnis der Statistik auch von den eifrigsten Verfechtern der großagratischen Beweisgründe nicht aufrechterhalten werden können.

Lebenshaltungsindex. Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März mit 138,3 gegenüber dem Vormonat (138,8) um 0,4 Proz. zurückgegangen. An Veränderungen von verhältnismäßig größerem Ausmaß sind nur zu verzeichnen: das weitere Ansteigen der Gemüßpreise, der sich verhärtet fortsetzende Rückgang der Eierpreise und das Nachgeben der Kartoffelpreise.

Rückgang der Konturte im März. Die Finanzzeitschrift „Bank“ gibt die Konturte für den Monat März mit 1893 gegenüber 1926 im Monat Februar an. Nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes ergab die letzte Märzwoche (22. bis 27. März) nur 356 Konturte gegenüber 420 Konturten in der Vorwoche und 495 bzw. 475 Konturten in der letzten Februarwoche bzw. in der ersten Märzwoche. Auch die Anzahl der Wechselproteste hat sich von 4414 mit einer Gesamtsumme von 5,6 Millionen Mark auf 4131 (Gesamtsumme 5,1 Millionen) in der Woche vom 15. bis 20. März und 3985 (Gesamtsumme 5,1 Millionen) in der letzten Märzwoche gelöst. Nach der „Bank“ wurden im ersten Vierteljahr 1926 3013 Konturte eröffnet gegenüber 4179 im vierten Vierteljahr 1925 und 2168 im ersten Vierteljahr 1926.

Ueber die Lage des Phonographengeschäfts wurden in der Generalversammlung der Adler A.-G. folgende Mitteilungen gemacht: Wie in allen anderen Industriezweigen, ist auch das Phonographengeschäft im Jahre 1925 unter einem Abnahmepfeil. Dagegen muß festgestellt werden, daß das Auskommen der Radioindustrie den Abstoß an Sprechapparaten kaum Eintrag gelassen hat. Das wird leicht erklärlich dadurch, daß die Benutzung von Radio und von Sprechapparaten auf ganz anderen Voraussetzungen beruht. Der Wegfall der Auguststeuer wirkt sich in Ermäßigung besonders bei den Sprechapparaten in billiger und mittlerer Preislage aus und dürfte die Nachfrage heben. Gleichzeitig wird auch das Bestreben, billige Platten herzustellen und zu vertreiben, einen starken Impuls für den Absatz von Sprechapparaten bilden. Gegenüber den Bestrebungen besonders der englischen Industrie, in Deutschland wieder festen Fuß zu fassen, ist darauf hinzuweisen, daß die deutsche Industrie im Inlande viel preiswerter liefern kann, weil der hohe Zoll für Phonographen die Einfuhr ausländischer Apparate sehr erschwert. Man rechnet damit, daß die englischen Interessenten jetzt mit Platten an den deutschen Markt kommen und zur Beseitigung der durch die Zollfrage entstehenden Schwierigkeiten, die Apparate, die sie in Deutschland zu vertreiben beabsichtigen, auch hier herstellen.

Aus der Partei.

Ausschluß aus der Partei. Das bisherige Mitglied Hermann Rahl in Berlin wurde auf Grund § 28 Abs. 5 mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Rahl hatte an der Kundendellegation teilgenommen und später in von der SPD. inszenierten Versammlungen Bericht über seine Reise erstattet. Trotzdem er in einer öffentlichen Erklärung im „Vorwärts“ sich verpflichtete, jede öffentliche Berichterstattung einzustellen, da er erkannt habe, daß die SPD. die Delegation und damit auch die Berichterstattung für ihre Zwecke ausnutze, hat er diese keine Berichterstattungstätigkeit fortgesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei im Remelgebiet hat für die kommenden Reichstagswahlen 7 Kandidaten aufgestellt. Spitzenkandidat ist Landesdirektor a. D. Rahlies.

Die Funkindustrie in der Wirtschaftskrise.

Am 26. März 1926 fand im Hotel Esplanade die Generalversammlung des Verbandes der Funkindustrie e. V. statt. Der vorgelegte Geschäftsbericht für das Jahr 1925 gab ein deutliches Bild von den Rückwirkungen, die die allgemeine Wirtschaftskrise auf die Verhältnisse in der Funkindustrie ausgeübt hat. Trotz einer außerordentlichen Vermehrung der Rundfunkteilnehmerzahl ist der Zusammenbruch zahlreicher Betriebe der Rundfunkindustrie zu verzeichnen. Es wird festgestellt, daß 58 Proz. der Firmen, die seit Eröffnung des deutschen Rundfunks sich mit der Herstellung von Rundfunkempfängern befaßt haben, den Betrieb einstellen mußten. Der allgemeinen Entwicklung folgend, macht sich auch in der Funkindustrie eine Konzentration der Fabrikation bei einer beschränkten Zahl leistungsfähiger Herstellerfirmen von Qualitätsware geltend.

Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die von der Geschäftsleitung vorgelegten neuen Bauerlaubnisverträge für Rundfunkempfangsapparate, Zubehör und Einzelteile mit der Firma Telefunken. Der bisherige Vertrag wurde wiedergewählt. Die Generalversammlung erhob einmütig Protest gegen die Absichten einzelner Stadterwerbungen auf Einführung einer Sonderbesteuerung der Rundfunkteilnehmer. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine derartige Steuer geeignet ist, der bereits jetzt mit außerordentlichen Schwierigkeiten kämpfenden Rundfunkindustrie neue große Schädigungen zuzufügen.

Das Gewinn-Vierteljahr der Börse.

Die Kurssteigerungen an den Effektenmärkten.

Während die allgemeinen Wirtschaftsschwierigkeiten seit Monaten fast unermindert andauern und allgemein das Klagegedränge der „Kollage der Wirtschaft“ angestimmt wird, erfreut sich die Börse geradezu goldener Zeiten. Der Gegensatz zwischen der Entwicklung der Allgemeinkonjunktur und der börsenmäßigen Gewinnkonjunktur tritt um so auffälliger in Erscheinung, als gerade in den Zeiten des schlimmsten sozialen Massenleidens bei stark zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, also vom Dezember an, der Aufstieg der Kurse eingeleitet hat. Und weiterhin war es gerade der Monat mit den höchsten Zahlen für Konkurse und Wechselwierigkeiten, der Januar, in dem der kräftigste „Auftrieb“ der Aktienwerte stattfand. Selbst die neue Hausbewegung in den jüngsten Tagen, über die hier bereits berichtet wurde, hat sich unter recht ungünstigen Verhältnissen vollzogen: in den gleichen Tagen erfolgte ein neuer großer Kurssturz in New York; der Vierteljahresultimo und die bevorstehende viertägige Feiertagsruhe hätten normalerweise gleichfalls hemmend auf die Börsentätigkeit einwirken müssen. Nichts von alledem ist geschehen. Die Effektenpekulation hat, nach den ersten schätzbaren Kurssteigerungen im Verlauf des Dezember, nun bereits ein volles Vierteljahr lang bewiesen, daß sie über einen außerordentlich kräftigen Atem verfügt. Eine Anzahl von Aktien hat seit Jahresanfang den Kursstand verdoppelt; Kurssteigerungen von 50 Proz. bilden bei den bekannteren Werten die Regel. Hinter dem Durchschnitt bleiben erheblich nur jene Werte zurück, die in ihrem allgemeinen Geschäftsgang mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie etwa Wagonbau, Steinlohlenbergbau, Textilwerke und Schuhfabriken. Ferner sind einige

Einzelgesellschaften vorhanden, die in den Wirtschaftsnöten und -kämpfen der vergangenen Monate „invalide“ geworden sind, also stärkere Einbußen erlitten haben, was sich naturgemäß in der Börsenbewertung der Aktien ausprägt. Die kleine Uebersicht über einige der bekannteren Aktienwerte zeigt deutlich genug, daß auch in jenen Industrien, die über besonders schlechten Geschäftsgang klagen (und die besonders hohe Arbeitslosenziffern ausweisen) die Kursbewegung vielfach nicht hinter der durchschnittlichen Steigerung zurückbleibt.

Kursstand in Prozenten jeweils zum Monatsende.

	Dezember 1925	Januar	Februar	März
Deutsche Bank	105,00	118,50	126,50	139,75
Berliner Handelsges.	135,25	140,50	145,00	154,25
Bayag	94,68	121,50	129,00	152,75
Elektrische Hochbahn	61,00	75,00	87,50	94,00
A. Automobil-Ges.	37,00	44,00	51,00	72,50
A. G. Farbendruck	105,00	127,00	125,12	145,50
Chem. Fabr. Schiedam	18,50	25,25	26,00	40,25
AGF	85,00	98,87	95,75	108,50
Siemens u. Halske	65,00	101,75	99,12	122,00
Kali Werkereien	92,50	125,50	118,75	158,50
Berliner Maschinen	44,50	63,00	68,00	78,75
Ludwig Loewe	100,25	143,00	147,50	182,00
Winkelmann	40,25	44,00	43,75	48,87
Rheinmetall	17,00	19,75	19,87	27,00
Völkner Gußstahl	58,25	96,50	83,75	96,50
Porzellan-Vertrag	85,50	114,88	106,87	110,25
Alte-Franckh	73,00	104,50	101,75	118,50
Oberkalei-Eisenbed.	38,25	49,50	46,00	50,00
Rhein Stahl	45,75	73,25	80,25	91,12
Reilm. Wavier	61,25	77,50	80,50	107,00
Sulfan Seltin	20,00	34,50	32,50	47,12
Hammerstein Textil	72,50	82,25	83,00	95,00
Ch. Holzmann (Bau)	39,63	55,50	64,00	81,50
Sarotti	80,18	105,00	127,50	130,00
Zieg	67,18	50,25	92,00	84,00
Welfel (Schuhwaren)	22,00	26,00	28,00	41,00

Bei vielen Gesellschaften hat die Gewinn- und Dividendenpolitik den Anlaß zu einer höheren Bewertung gegeben. Soweit bis heute Abschlüsse bekannt geworden sind, wird in der Regel an der vorjährigen Dividende von 8 und 10 Proz. festgehalten — trotz des schlechten Geschäftsganges! — und andere Gesellschaften, die im Vorjahre keine Dividende oder nur 6 bis 7 Proz. verteilt hatten, versuchen nach Möglichkeit, auf 4,5 und 6 Proz. bzw. auf 8 oder 10 Proz. zu kommen. Für 4,5 börsenmäßige Bewertung einer Aktie ist es aber gerade jetzt, kurz vor der Ausschüttung der Dividende, relativ gleichgültig, wie die Beschäftigungs- und Gewinnaussichten des Unternehmens in der ferneren Zukunft liegen. — hier sind die unmittelbaren Ertragschancen entscheidend.

Dabei ist noch ein weiteres zu berücksichtigen. Der „allgemeine“ (oder „landesübliche“) Zinsfuß in Deutschland hat sich seit Ende Oktober (früher seit Anfang Januar) ganz erheblich gesenkt. Diese Zinsenkung ist vor allem aus der Börsenkursentwicklung der festverzinslichen Werte zu erkennen (steigende Kurse zeigen die niedrigere Realverzinsung, die „Rendite“ oder das „Rendement“, an). Selbst, wenn sich im großen Durchschnitt gesehen, die Gewinn- (Dividenden-) aussichten für die deutschen Aktien gegenüber dem Vorjahr nicht verbessert hätten, würde aus der Tatsache des niedriger gewordenen Zinsfußes folgen, daß man die Aktien, die heute (un-

Bedeutend billiger
als Butter

Leicht verdaulich

Als Brotaufstrich
unerreicht

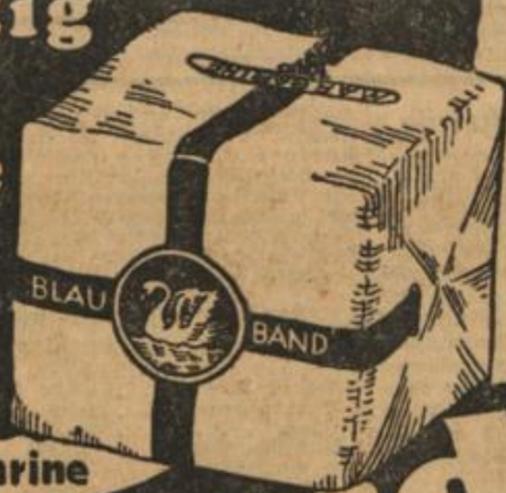
Ueberall erhältlich

Blaues Band um
jedes Paket

Als Garantie für
beste Qualität

Nur fünfzig
Pfennig

Das halbe
Pfund



Feinkost-Margarine

Blauband
wie **Butter**

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund / Die Oster-Nummer
enthält den neuen bunten Stundenplan und das Oster-Preisausschreiben

Tanzpause.

Von Rudolf Langhammer.

In dem Tanzsaal ist die Luft stickig, zum Durchschneiden dick. Die Rauchwolken legen sich wie ein Schleier vor die rotverhängten Lampen und dämpfen das spärliche Licht noch mehr. Dennoch sieht man den Lalmiglanz der Biotattapeten und die Willigkeit der schreiend bunten Wandschirme, hinter denen sich Kontorjünglinge mit einem leichten Rest des kleinen Monatsinkommens den Anschein weltgewandter Kavaliere zu geben versuchen. Sie greifen mit großer Geistes nach der Weinkarte und bestellen dann beim Ober erst mal eine Tasse Kaffee oder ein Glas Lagerbier. Die Freundin hat auch keinen Appetit auf die Kuchenforten, die der Kellner mit hart klingender Stimme aufzählt. Man hat gerade erst gegessen, später. Aber der Ober ist illusionlos. Er gibt sich auch nachher nicht die Mühe, ihnen Wein oder Kuchen anzupreisen.

Wenn das Kreischen der Jazzinstrumente in einem leichten wilden Rhythmus ausklingt, schieben sich die Pärchen immer wieder nach den Tischen und hocken sich vor den Eingängen zusammen. Die vor dem Spiegel einstudierte saloppe Haltung ist längst gewichen und auch die „Freundinnen“ streifen nicht mehr die dauernd widerstandsfähigen Locken von der Stirn zurück. Man will jetzt nicht mehr gefallen, man will sich nur noch amüsieren, will den Abend, der das Entgelt einer Woche Fronarbeit ist, genießen.

Der dicke, schwarze Herr, der unaufhörlich mit seiner fettigen, flebrigen Hand über den nackten Arm eines rotblonden Mädchens fährt, hat für den Sitz seiner Bügelstange kein Interesse mehr und das Mädchen zieht nur noch Schlüsse von der Größe seines Brillant-ringes auf den Inhalt seiner Brieftasche. Ein reicher Kavaller — seidene Kleider — die Woche ein einziger Feiertag... Jah' seht die Musik ein. Vergnügen — Rausch — Laune — Vergessen.

Am Eingang stehen mehrere, die nicht tanzen. Der große Hagerer mit dem eingefallenen Gesicht und den entzündeten Augen erzählt, Wortfetzen flatternd zu Boden: „Bes... waren wir, id' sage euch... und Beene hatte sie... nich' zu sagen.“ Um ihn herum lauscht alles. Der kleine Semmelblonde hängt gierig an seinen Lippen. Wer doch auch so etwas erleben könnte.

Dort sitzen an einem Tisch zwei Mädchen „Mauerkarotten“. In ihren Augen ist trampfhaftes Suchen nach einem Tänzer. Beide haben die Beine übereinandergeschlagen, der sehr enge Rock ist ihnen über das Knie gerutscht. Die Blicke der Schwarzen treffen jetzt die des längeren Hageren. Er versteht: „Keine Gnädigste, darf ich bitten!“ und schon schiebt er sich mit ihr durch die gedrängt Stehenden. Kecklich sehen ihm seine Zuhörer nach. „Der versteht's“, sagt einer.

Der Kontrolleur am Eingang gähnt. Er hat so ein entsetzlich müdes Gesicht. Keine Nacht Schlaf, seit Monaten schon. In seinem Hirn haften nur ein Wunsch: schlafen! Drei Tage hintereinander, immer nur schlafen. Mürrisch reißt er den Abschnitt von einer Eintrittskarte und bankt überhöflich, als ihm der Betreffende ein Geldstück in die Hand drückt.

Der Tanzmeister, zugleich Conferencier, ist sein Seitensgenosse. Ein erstarrtes Lächeln auf dem fälschen, übernatürlichen Gesicht, steht er acht und neun Stunden zwischen den schwebenden und drebenden verführerischen Menschen. Und immer freundlich. Darf nicht aufhören, wenn man ihn auf seine armen in Lackstiefeln gezwungenen Füße tritt. Der Herr Tanzmeister.

In das Kreischen der Jazzband mischt sich der grölende Bass des Kapellmeisters. „O, Ka-tha-ri-na, o, Ka-tha-ri-na,“ und aus dem zusammengeballten Haufen der tanzenden Pärchen schallt es zurück: „O, Ka-tha-ri-na“. Plötzlich hebt der Dirigent den Takstoch, die Musik schweigt für einen Augenblick, gleich darauf fährt der Stock diesmal in weichem abgerundeten Bogen durch die Luft und durch den mit febernder Erotik geschwängerten Raum schallt es leise und wehmütig. „Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit klingt ein Lied mir immerdar.“ Die Paare bleiben stehen. Im Augenblick ist alles vergessen: das rote Licht der Ampeln, die Bier nach dem Vergnügen, dem Leben. Eine Vision — die Jugend — ist in den Saal getreten. Der dicke schwarze Herr streicht nicht mehr den Arm seiner Freundin. Er drückt das Doppelkinn an die Hemdbluse und brummt leise die Melodie mit. Das Mädchen hat den Arm aus seiner Hand gezogen. Noch einmal rein sein, noch einmal das Leben von vorn beginnen. Die Schmeichelei eines gequälten Menschenherzens spricht aus ihren Augen. Einmal noch, — nur einmal.

Auch der lange Hagerer hat die kleine Schwarze freigegeben und steht ihr nicht mehr in den Brustauschnitt hinein.

Die Tonwellen schwingen immer stärker in dem von Dunstwolken erfüllten Saal. Es ist etwas Fremdes hineingekommen, das nicht in die Atmosphäre seelenlosen Laumens paßt. In dem blauen Gesicht des Conferenciers, in das jetzt ein leises Rot getreten ist, spiegelt es sich ebenso wie in vielen anderen. Der Kontrolleur, der vorher von Nervosität und Erschöpfung immer wieder das Jockei auf- und zuknöpft, ist ruhig geworden.

Leise verklingen die letzten Töne. Die Minuts ist vorbei und damit auch der Traum von Jugend. Kein Klatschen, wie sonst, nach Fortsetzung. Nur steht alles erstarrt auf wie bei einem Erwachen.

Der Kapellmeister hebt wieder den Stock und im nächsten Augenblick jagt scharf und abgehackt der neue Jazz durch den Saal.



Und wieder hängt der Himmel schwer und düster
Auf eines freien Deutschlands Golgatha.
Und alle Pharisäer, alle Priester,
Armfelger Michel, alle sind sie da.
Schon steht das Kreuz. Die Brut von Widersachern
Ruft wieder ihr gewohntes: Kreuzigt ihn!

Schon siehst du sie um deine Habe schachern,
Indem sie die das Hemd vom Leibe ziehn. —
Willst du den Weg des großen Dulders gehen?
Das Kreuz heraus! Und schlag' dir freie Bahn!
Du wirst auch ungekreuzigt auferstehen!
Du bist kein Lamm! Nein, du bist ein Titan!

Welche Unendlichkeit zwischen Pol und Pol. Hier: Walt Whitmans Reich, sein unheimliches Höhentempo, das alles Sichtbare: Gebirge, Völker, Kontinente zur Größe zusammenreißt — und da: das unermessliche Reich des Unsichtbaren — Mikroben, Bazillen, Infusorien, Protoplasmata, Keimzelle — groß wie unjere Welt.

Marc Aurel (Philosoph und römischer Kaiser). — Von den „Selbstbetrachtungen“ dieses heidnischen Gläubigen und prachtvollen Menschen läßt sich eine Linie der Wesensverwandtschaft und gleichen Glaubensstimmung über Walt Whitman zu dem Weltromane unserer heutigen jungen Dichterschaft ziehen. Nur daß da, wo jener immer das Finstere, den Tod sieht, wo jener letzten Endes vielleicht ein haltungsvoller Pessimist von Würde ist, — diese treudig das Gehärende in aller Tagesbunde erblickt — denn sie sind die Jugend und das Lebende.

Das Geheimnis dichterischen Schaffens besteht in dem, daß der Dichter vermöge seiner Einfühlungsvermögen mehr unbewußt denn absichtlich denselben Grad der rhythmischen Schwingungen erreicht, den die dargestellten Dinge, also etwa eine Lokomotive, ein Baum, ein menschliches Herz, inne haben. So könnte es denn bei vollkommener Uebereinstimmung nicht möglich sein, daß um die Dinge geredet wird, sondern, daß sie aus sich selbst nach ihren eigenen Gesetzen gestaltet werden.

Die Gestalter — von denen wir die wirkliche Zukunft deutscher Kunst erhoffen, — die Gestalter, über die wir uns in ungeduldiger Wertung der Gegebenheiten wundern, daß sie nicht gerade jetzt (in diesen größten menschlichen und staatlichen Augenblicken) mit mächtig redenden Dingen auf den öffentlichen Platz treten — die werden erst mit dem Stoß (dem durch die Kriegsumwälzung werdenden Reinstoff des Lebens) geboren. Ihre Jugend heißt: dieser Krieg.

Briefe.

Nähe von Höhe 60, 4. Mai 1915.

Mein lieber J., es geht hier mit Gott und dem Teufel vorwärts...

Wir haben seit mehreren Tagen kaum Schlaf und Essen gehabt, immer eingegraben, vormarschieren und wieder eingegraben: wie die Büffel.

Von einigen Augenblicken des Zweifels im Augegegnen abgesehen, — setzt sich in mir der Glaube, daß ich ruhig in die Zukunft sehen kann, daß mir nichts Einflüchliches zustohren wird. Ich befinde mich trotz Strapazen und Widrigkeiten in der optimistischsten Verfassung.

Wenn ich allerdings an meine dichterische Produktion der letzten Monate denke, bin ich höchst unzufrieden mit mir...

Jetzt bin ich fast auch über die schlimmsten Dinge hinweg: tagelang war ich trübe und traurig, als ich in den frischgegründeten Schützengräben über Langemark hinaus all die Greuel des Nordes gesehen hatte. Leichen und Leichen in Gestalt. Wenn meine Kameraden hier und da schlafen lagen, kam mir immer wieder der verrückte Gedanke: so müssen sie aussehen, wenn sie tot sind, in diesen regellosen, gelöteten und verkrampften Tagen. Jetzt ist's vorbei. Man muß ja auch darüber hinweg.

Rum in allerherzigster Freundschaft, wie Du ja weißt. — Grüße von Deinem Gerrit.

10. Februar 1918.

... Mich, dem Einsamen, dem Einsamkeit immer täglich Brot sein wird, wandeln immer wieder Unglaube an mich und die Zukunft — Zweifel über späteres Aufbauen an. Und gerade in dieser Kriegszeit, die mir die Kehle verstopft, die Flügel gebrochen, fühle ich mich lebendig tot. So daß ich mir in Momenten des Zerknirsch-

seins die einsamsten Feldwege, weit von den Menschen, am Abend suchen muß, und im Wüten gegen mich selbst und alles — oder in resignierendem Fatalismus vergeblich Erlösung suche. Es läßt sich ja nicht beschreiben, wie dies dreifache Zusammengepörrichte mit Menschen abstrakt erstarrt und unglücklich macht. Diese, solche Menschen, die man in freierwilliger Friedenszeit immer lieben würde! Wie glückselig doch gegen uns Selbstquälerische der gemeine Mensch des Tages: essend, trinkend, zeugend, aber um Gotteswillen nicht fühlend oder denkend.

Lieber Jakob! Montag werden wir wieder ins Feld rücken. Du hast so lange gelähmelt. Und weißt nicht, wie melancholisch und müde mich diese Kriegsjahre und die Liebe dazu gemacht haben. Ich bin niemals so schweren Herzens hinausgegangen wie diesmal. Sollte mir das Grusse zustohren, so wirst Du alles zu besorgen haben, und denke, daß das Letzte mir eine wohlschmeckende Bier nach neuem Leben war! Morgen denke ich nochmal bei Dir zu sein. Warte neue Adresse ab. Ich sandte drei Gedichte an Dich und zwei Bilder. Ein weiteres helles Gedicht folgt. Dein Gerrit.

Milch, Zucker und Salz in der menschlichen Wertschätzung. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Nahrungsmittel, die dem Menschen von heute ganz unentbehrlich geworden sind, von Anfang bekannt gewesen und dementsprechend verwendet worden seien. So geht der Gebrauch der Milch auf die Zeit zurück, in der der Mensch den Ucker zu bearbeiten und Viehzucht zu betreiben begann. Die Griechen jedoch zählten noch im heroischen Zeitalter die Milch durchaus nicht zu den Nahrungsmitteln, vielmehr verlebte Homer die Milch als ein Nahrungsmittel, das gut für barbarische Völker sei, die denn auch von ihm verächtlich „Gallatophagen“, d. h. Milchesser, genannt werden. Den Gebrauch der Butter lernten Griechen wie Römer von den Germanen und Galliern, während die Völker des fernsten Ostens die Bekanntheit mit der Butter erst in neuerer Zeit durch Holländer und Engländer machten. Auf die Periode der Uckerwirtschaft geht auch der Gebrauch des Salzes zurück. Das Salz, das Plutarch das Gewürz der Gewürze nennt, wurde wie eine Gottheit verehrt, und wenn Homer den tiefsten Stand der Barbarei bei einem Volke kennzeichnen will, so spricht er von dem Volk, das kein Salz zu seinen Speisen nimmt. Es war auch das Symbol der Gastfreundschaft. Bis in die jüngste Zeit hinein war es bei den Negern von Innerafrika so fest, daß es wie das Gold als Münzmetall galt. Mit einer Handvoll Salz konnte man sich ein paar Sklaven kaufen. Auch der Zucker kann sich keineswegs einer langen Geschichte rühmen. Denn lange Zeit hindurch behalt man sich mit Honig und Süßholzwurzeln, und erst im Mittelalter erlernte man die Kunst, aus dem Saft des Zuckerrohrs eine weiße Substanz auszuscheiden. Die Lebenshaltung einer Königin von Frankreich erforderte noch im Jahre 1570 nur vier Zuckerkane von je fünf Pfund. Zu Zeiten Heinrichs IV. kaufte man den Zucker bei den Apothekern, selbst unter Ludwig XIV. war er ein Luxusartikel, der so hoch geschätzt wurde, daß man die Richter mit Zuckerzeug zu bestechen suchte.

Der sparsame Finanzminister und sein dauerhafter Spitzname. Der um die Mitte des 18. Jahrhunderts lebende französische Finanzminister Etienne de Silhouette war wegen seiner Kleinlichkeit betari verhasst, daß man alle möglichen Dinge, die „Mangel an Ueberfluß“ zeigten, wie z. B. recht enge tauchelose Beinkleider, „A la Silhouette“ nannte. Als nun eines Tages der Brauch aufkam, daß man statt ein künstlerisches Porträt zu zeichnen, einfach nur die Schatten an der Wand nachzeichnete, da nannte man diese turgliche und kunstlose Art der Porträtierung ebenfalls „A la Silhouette“; dieser Spitzname hat sich aber für jene Bilder beinahe bis heute erhalten, wenn auch die wenigsten mehr wissen, woher er stammt.

Aus Gerrit Engelkes Nachlaß.

Au den Beiden des erhellenden Volkes und zu den schmerzlichen Verlierern gehört der Dichtersohn und Dichter Gerrit Engelke. Als Soldat der Pflicht, als Soldat der Arbeit hat er, schauend am Lebenslauf, noch kurz vor dem Weltkrieg, in der Nähe von Cambrai, sein Leben beendet. Seine hinterlassenen Gedichte erschienen vor einigen Jahren unter dem Titel „Rhythmus des neuen Europa“ im Verlag von Quers Diebstahl in Jena. Dieses fähne und menschenbildend war das Vermächtnis einer neuen jungen Generation. Vom Drift-Verlag, Köln, wird fortan ein Band seiner Innigen und herzerweichenden „Briefe der Liebe“ veröffentlicht. Die nachfolgenden Tagebuchblätter und Briefe — vom Rahlbeinmaler Jakob Kreis freundlich zur Verfügung gestellt — zusammen in einem demnächst im Arbeiterverlag-Verlag, Berlin SW 61, erscheinenden „Auswahlabend „Stimmen der Welt“ Gedichte, Briefe und Tagebuchblätter von Gerrit Engelke. Walter G. Dillmann.

Tagebuchblätter.

So stärker in dem einzelnen die Lust und der Wille zum Leben herrschen, je mehr, je liebevoller zieht ihn die Welt an sich, hält und erhält ihn; je schwächer der Lebensimpuls im einzelnen ist, je wertloser ist er der Erde, je gleichgültiger läßt die Erde ihn aus seiner Bahn fallen in das Nichts.

